Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264. **Dienstag, den 11. November 1902.** **9. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Agrarier und Konservative.

Wp. Die Konservativen leben in fortwährender Angst vor dem Bund der Landwirthe. Agrarisch sind ja die Einen wie die Anderen, aber gerade deshalb entwickelte sich zwischen beiden eine politische Konkurrenz. Die Bündler als jüngere politische Bildung finden die Plätze von den Konservativen besetzt, sie suchen sie deshalb in der Wahrnehmung der Gutsherrninteressen zu überbieten, um an ihre Stelle zu rücken. Als Oppositionspartei haben sie nichts zu verlieren und alles zu gewinnen. Je mehr sie der Regierung Ungelegenheiten bereiten, desto mehr zwingen sie diese, sich um ihre persönliche Anhängerschaft zu bewerben. Und versuchen es die Konservativen ebenso ruppig zu werden, wie die Bündler, so besorgen sie nur die Geschäfte der letzteren. Die Konservativen müssen also eine mittlere Linie einnehmen: sie müssen auf die extremagrarische Agitation Rücksicht nehmen und können doch nicht mit der Regierung brechen. In dem edlen Wettbewerb um die Aushungerung des Volkes ziehen sie deshalb gegenüber den Bündlern den Kürzern. Das begreifen die letzteren sehr wohl. Ihre intransigente Taktik hat deshalb eine doppelte Bedeutung: sie richtet sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Konservativen. Die dadurch geschaffene Situation suchen sie in zweierlei Weise auszunützen. Erstens, indem sie in den konservativen Wahlkreisen die „Pflaumenweichen“ durch eigene Kreaturen ersetzen. Sie wollen so durch eine innere Revolution in den Besitz der konservativen Partei gelangen. Zweitens, indem sie eigene Kandidaten aufstellen, um bei den Wahlen das Schwergewicht auf ihre Seite zu ziehen. Die Bündler sehen deshalb den kommenden Neuwahlen ziemlich zuversichtlich entgegen: sie sind sicher, daß sie dabei jedenfalls ihre eigene Macht auf Kosten der Konservativen erweitern werden. Im gleichen Maße steigt die Furcht der Konservativen vor den Wahlen.

Ein sprechendes Zeugniß dafür ist eine parteioffiziöse Auslassung, die aus Anlaß der Neubesetzung des Postens des Generalsekretärs der konservativen Partei durch die konservative Presse geht. Der jetzige Generalsekretär der Partei hat erst am 1. April seine Stellung zu verlassen, aber er wird — so heißt es in dem Eingesandt — seinem Nachfolger schon früher Platz machen. Dieser sei am meisten geeignet, im Unterschied zum Bund der Landwirthe, der blos die materiellen Interessen wahrnehme, die „idealen Güter“ der Konservativen wieder in den Vordergrund zu bringen. Das thue jetzt vor allem Noth. Der neue Generalsekretär werde auch die Organisation der Partei stärken. „Die Ziele des Bundes der Landwirthe . . . . . sind auch die der Konservativen und sind es immer gewesen. In deren Verfolgung eben darf sich der Konservatismus nicht erschöpfen, und deshalb bedarf er einer eigenen starken Organisation und größerer Geldmittel, um seine Ziele durchzusetzen. An einer kräftigen Initiative hierzu von der Berliner konservativen Zentralstelle hat es bis jetzt gefehlt.“ Weiter heißt es: „es wäre ein nicht wieder gutzumachender Fehler, wenn die Konservativen . . . . . die Sorge für gute Wahlen dem Bund der Landwirthe überlassen wollten.“

Die Konservativen fühlen sich also nicht mehr Herr im eigenen Hause. Kurz vor den Wahlen wollen sie noch in aller Eile die Selbstständigkeit ihrer Organisation wahren. Ob es nicht zu spät ist? Freilich, es fällt den konservativen Herrn Hofzeremonienmeistern, Gardeleutenants a. D. und Geheimräthen etwas schwer, sich um derartige plebejische Sachen wie Agitation und Organisation der Partei zu kümmern. Da sieht es bei den „Bündlern“ anders aus. Die sind nicht faul. Sie haben seit Jahren sehr energisch und sehr geschäftsmäßig ihre Organisation ausgebaut. Und wie sehr sie sich in den Reihen der konservativen Partei eingenistet haben, das zeigt ja gerade der Stellenwechsel des Generalsekretärs der konservativen Partei. Der jetzige Generalsekretär ist ein Agent des Bundes der Landwirthe. Die Bündler hatten also die konservative Partei unter ihrer Oberleitung. Die Konservativen mußten erst eine Palastrevolution durchmachen, um die Selbstständigkeit ihrer Partei, die immer mehr zu einer einfachen, politischen Geschäftsfiliale des Bundes der Landwirthe herabsank, zu wahren. Daß nun die Bündler sich keineswegs gefallen lassen werden, daß „die Sorge um gute Wahlen“ ihnen entzogen wird, liegt auf der Hand. Und es erscheint uns sehr zweifelhaft, ob die Energie des neuen Generalsekretärs und die Hervorhebung der „idealen Güter“, der Konservativen hierin viel ändern werden.

Zumal da die idealen Güter der Konservativen sehr eigenartiger Natur sind. Sie sprechen davon, daß sie das Schlechte verwerfen, das Gute aufrechterhalten wollen. Das gute aber ist, was den Konservativen frommt! Ihre Treue zur Monarchie bedeutet die Aufrechterhaltung eines Regierungssystems, bei dem sie selbst die höchsten Beamten- und Offiziersposten besetzt halten. Ihre Sorge um die Machtentfaltung des deutschen Reichs ist die Sorge darum, daß ihnen Gouverneur- und Kommandoposten in den Kolonien, Eisenbahnkonzessionen in Afrika und Ostasien, Subventionen und Subsidien gewährt werden. Und man muß anerkennen, daß auch in Bezug auf diese Forderungen ihnen die Bündler in keiner Weise nachstehen. Das Verlangen nach fetten Posten ist auch bei den Bündlern sehr groß, nur daß sie persönlich noch nicht soviel erreichen können, als die herrschenden Männer der konservativen Partei. Darum machen sie denn auch Opposition, um sich der Regierung unentbehrlich zu machen.

Die Besorgniß der Konservativen, daß die „idealen Güter“, des Konservatismus verloren gehen könnten, ist wirklich überflüssig. Nein, die einträglichen Beamtenposten und die reichen Staatsunterstützungen und damit zugleich die konservative Treue dem Thron und Altar hören nicht so schnell auf. Und wenn man die konservative Partei im Bund der Landwirthe aufgehen läßt, so verschwinden nicht die Konservativen, sondern der oppositionelle agrarische Bund. Die Schweinsborstigen werden „pflaumenweich“, wenn erst die Gunst der Regierung ihnen in erster Linie zu Theil wird.

Der Streit zwischen Agrariern und Konservativen ist demnach zu einem großen Theil ein Kliquenstreit, der selbst mit den Interessen der Klasse, welche beide vertreten, nur lose zusammenhängt. Die „neuen Männer“ wollen Carriere machen, die „Alten“, aber sind durchaus nicht gewillt, den Platz zu räumen. Kommt das Zolltarifgesetz nicht zu Stande, so wird auch über diesen agrarischen Hauckstreit bei den nächsten Wahlen entschieden. Uns kann es recht sein. Wir wünschen dem Bund der Landwirthe möglichsten Erfolg in seiner Trennung von den Konservativen, den Konservativen — in der Wahrung ihrer Selbstständigkeit gegenüber dem Bunde. Je heftiger sich die Agrarier untereinander um ihre „idealen Güter“, befehden, desto mehr können wir die materiellen Interessen des arbeitenden Volkes wahrnehmen. Brod für das Volk bedeutet Gesundheit, Kraft und Entwicklung der Nation.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Umsturz der Geschäftsordnung. Der Antrag der Konservativen und des Zentrums auf Einführung eines neuen Modus bei den namentlichen Abstimmungen wird ziemlich allgemein skeptisch beurtheilt. Es gilt für fraglich, ob damit überhaupt Zeit gespart werden kann. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß die Zählung der Zettel mindestens eben so viel Zeit wie eine namentliche Abstimmung erfordern würde, und daß man doch nicht, wenigstens nicht immer, in der Berathung fortfahren könne, ehe das Resultat der Abstimmung bekannt sei, weil dieses ja häufig und sogar meist auf die weitere Berathung von Einfluß ist. Die Nationalliberalen haben zwar den Antrag Aichbichler nicht mit unterzeichnat, doch ist nach der Haltung der führenden nationalliberalen Presse nicht daran zu zweifeln, daß diese Partei, deren „Liberalismus“ so weitherzig ist, daß er sich mit jeder parlamentarischen Knebelung abzufinden weiß, schließlich ihren Segen zu dem geplanten Umsturz der Geschäftsordnung geben wird. Der „Vorwärts“, der im Uebrigen den Antrag Aichbichler als undurchführbar bezeichnet, hebt noch hervor, daß die Mehrheit nur deshalb zum Bruch der Geschäftsordnung schreiten will, weil sie unfähig sei, bei Abstimmungen ihre Mitglieder in hinreichender Anzahl versammelt zu halten. Unser Zentralorgan schließt seinen Artikel: „Es ist selbstverständlich, daß die Zollopposition den neuen Anschlag der Mehrheit mit der größten Entschiedenheit zurückschlagen wird. Bisher hat die Opposition sich streng im Rahmen sachlicher Veranstaltungen gehalten. Es dürfte die Zollparteien nicht Wunder nehmen, wenn gegen das Verbrechen, die Geschäftsordnung zu vergewaltigen, der Kampf in der schärfsten Form und mit allen Mitteln geführt werden wird. Die Geschäftsordnung ist die Verfassung des Reichstages genannt worden. Die Opposition, die das deutsche Volk gegen den Zollwucher schützt, sie wird zugleich den Umsturz der Reichstagsverfassung abwehren. Die Zollparteien wollen den Kampf der Erbitterung, sie sollen ihn haben.“

Uebrigens hat der Antrag Aichbichler schon einen Vorgänger gehabt. Im Jahre 1874 wurde bereits ein ähnlicher Vorschlag vom Reichstage abgelehnt, weil man sich sagte, daß die Ausführung zu schwierig sei. Sind die Abstimmenden nicht während der ganzen Abstimmung auf den Plätzen zu halten, und das ist kaum möglich, dann fehlt jede Kontrolle, und Irrthümern, ja Fälschungen ist Thür und Thor geöffnet, weil es eine Kleinigkeit ist, die Abstimmungskarten Abwesender mit einzuschmuggeln. Der Abgeordnete und Vizepräsident v. Unruh hat damals bei der Diskussion über diese Frage im Jahre 1874 im Reichstage Folgendes ausgeführt:

„In Frankfurt a. M. 1848 und 1849 hatten die Abgeordneten Zettel mit ihren Namen, sie schrieben darauf ja oder nein, und die Zettel wurden durch die Sekretäre eingesammelt. Die Abstimmung hat sich nicht bewährt. Ich kann dafür eine ganz durchschlagende Autorität anführen: den Abg. Simson, der längere Zeit Präsident der Frankfurter Versammlung war. Es war oft zweifelhaft, ob nur Anwesende gestimmt hätten oder ob für Abwesende mitgestimmt war. Sobald die Abgeordneten die Plätze verlassen, bevor die Abstimmung beendigt ist, ist es eine Kleinigkeit, mehrere Zettel abzugeben.“

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu noch:

„Was in Frankfurt a. M. geschah, kann wieder geschehen. Bei allem Vertrauen zu den gegenwärtigen Abgeordneten wäre es daher nöthig, für die Zukunft, um Mißbräuche zu verhüten, zunächst ein Strafgesetz zu schaffen, das die Abgabe von mehreren Stimmzetteln für Dritte etwa mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bedroht. Das erscheint ungeheuerlich. Aber es ist die unabweisbare Konsequenz des Antrages Aichbichler, der den Namensaufruf durch Zetteleinsammlung ersetzen will.“

Die Zollwucher-Majorität hat es übrigens sehr eilig mit der Annahme des Antrages Aichbichler; sie will ihn schon, wie ein Berichterstatter meldet, am morgigen Dienstag zur Verhandlung bringen. Indessen wird von Seiten der Linken mit aller Entschiedenheit dagegen protestirt werden; denn § 35 der Geschäftsordnung des Reichstages bestimmt ausdrücklich, daß die vorliegenden Anträge in der Reihenfolge verhandelt werden müssen, in der sie eingebracht worden sind, und es liegt noch eine stattliche Anzahl bisher unerledigter Initiativanträge vor. Oder will die Majorität auch gleich diesen Geschäftsordnungsparagraphen außer Kraft setzen? Zuzutrauen ist es den Herren schon!

In den Kreisen der Geschäftsordnungs-Umstürzler ist man sich keinen Augenblick im Unklaren darüber, daß es auch nach Annahme des Antrages Aichbichler unmöglich sein wird, die Opposition matt zu setzen. Aber es ist auch nur der erste Schritt, der Ueberwindung kostet. Schon jetzt predigen die Organe der Mehrheitsparteien die Nothwendigkeit, weiter zu gehen. „Die Besorgniß“ — so schreibt ein Scharfmacherblatt — „daß gegen eine zum Schlimmsten entschlossene Obstruktion die jetzt vorgeschlagene Vereinfachung der namentlichen Abstimmung nicht ausreichen wird, hegen wir auch. Dann muß eben auf dem eingeschlagenen Wege der Abänderung der Geschäftsordnung rücksichtslos weitergegangen, dann müssen schärfere Mittel gefunden werden.“ Und ebenso unverzagt erklärt die „Kreuzzeitung“: „Sollte diese Abänderung der Geschäftsordnung nicht genügen, so wird man noch einen Schritt weiter gehen und das Stellen von Anträgen auf namentliche Abstimmung überhaupt erschweren müssen.“ Die Opposition weiß also, was sie zu erwarten hat, wenn dieser erste Versuch gelingt. Aeußersten Widerstand daher gegen jeden Umsturz der Geschäftsordnung von Anfang an!

Ueber die Situation des Reichstages bei Wiederaufnahme der zweiten Lesung des Zolltarifs und die Stellung des Reichskanzlers zu den Parteien theilt der Berliner Korrespondent der „Wiener Neuen Freien Presse“ aus einer Unterredung, die Graf Bülow mit einem Reichstagsabgeordneten hatte, u. a. mit, trotz der Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage lasse sich der Reichskanzler nicht in der Ueberzeugung beirren, daß er recht daran gethan habe, den Zolltarif einzubringen. Jeder andere Staatsmann hätte an seiner Stelle so handeln müssen, wie er gehandelt habe. Der erhöhte Zollschutz für die Landwirthschaft ergebe sich als natürliche Folge der Parteiverhältnisse im politischen Leben Deutschlands. Der Reichskanzler sieht die Handelsverträge als nothwendig an für das gesammte wirtschaftliche Leben des Reiches; er erklärte ferner: „Eines kann ich sagen. Einen Personenwechsel infolge der Tariffrage wird die Linke nicht erreichen. Den Zolltarif können die Wellen verschlingen, die Schiffer aber werden nicht untergehen.“ Eine Aenderung der Geschäftsordnung wird Graf Bülow nicht verlangen. Von einer Zurückziehung der Vorlage und Auflösung des Reichstags könne keine Rede sein. Von anderer Seite wird berichtet, daß die Reichsregierung bereit wäre, die Kommissionsvorschläge über die Höhe der Getreidepreise zu akzeptiren, wenn der Reichstag in der Frage der Bindung der Viehzölle und der Gärtnereiprodukte keine weiteren Zugeständnisse fordere. — Jedenfalls wird es der Regierung nachgerade etwas schwül. Schließlich wird es wohl gehen wie vor 9 Jahren bei der Militärvorlage: die Regierung wird ein ganz klein wenig nachgeben und die Mehrheitsparteien werden sich damit zufrieden erklären und das Geschäft machen.

Das Widersinnige der Hochschutzzöllnerei wird durch einen Antrag, den die beiden elsässischen klerikalen Reichstags-Abgeordneten Hauß und Delsor zum Zolltarif eingebracht haben, in geradezu drastischer Weise illustrirt. Dieser Antrag verlangt für Gänselebern, roh oder zubereitet, einen Zoll von 200 Mk. pro Doppelzentner. Begründet wird diese exorbitante Zollforderung damit, daß den elsässischen Gänsemästern seit zwei Jahren von Oesterreich aus eine starke Konkurrenz bereitet werde, indem in-

folge der niedrigeren Preise für Gerste und Mais die österreichischen Gänsemäster die Lebern billiger abgeben können als die elsässischen. Das Beispiel ist geradezu klassisch: Zuerst vertheuert man den einheimischen Gänsemästern die Futtermittel durch Erhöhung der Gerste- und Maiszölle, sowie die jungen Gänse durch Einführung eines Gänsezolles von 70 Pf. pro Stück, und wenn sie dann unter diesen Umständen nicht mehr mit den unter günstigeren Produktionsverhältnissen arbeitenden ausländischen Gänsemästern konkurriren können, dann soll ihnen durch einen unsinnig hohen Schutzzoll geholfen werden, der dann wieder eine ganze, blühende Industrie aufs schwerste schädigen wird. Der Antrag ist übrigens auch noch aus einem anderen Grunde bezeichnend für das gesetzgeberische Kurpfuscherthum, das heutzutage mit marktschreierischem Gebahren sich als Retter aus allen wirthschaftlichen Nöthen aufspielt. Der Antrag ist nämlich völlig überflüssig; denn auf Grund der Bestimmungen des § 12 Abs. 2 Ziff. 1 des Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 ist die Einfuhr von Lebern und anderen Eingeweidetheilen, soweit sie nicht mit den ganzen Thierkörpern in natürlichem Zusammenhange eingeführt werden, vom 1. April 1903 ab überhaupt verboten. Das hätten auch die beiden Antragsteller wissen müssen, wenn auch anzunehmen ist, daß sie bei ihrer spärlichen Betheiligung an den Sitzungen in Berlin nicht immer über das genau informirt sind, was die Gesetzgebungsfabrik am Königsplatze in Berlin an neuen Gesetzen produzirt.

Die Etatsverhökerung geht weiter. Dem Kolonialrathe war bekanntlich im Juni eine Denkschrift über die Ausbildung eines eigenen Beamtenstandes für die Kolonien zugegangen. Die Kolonialverwaltung wird nun mit einem solchen Versuche beginnen; man hat dabei zunächst Ostafrika im Auge als dasjenige Schutzgebiet, für welches die größte Anzahl von Beamten gebraucht wird. Vorerst sollen zehn Beamte ausgebildet werden. Zu diesem Zwecke soll, wie die „Schles. Ztg." erfährt, in den nächsten Etat eine entsprechende Summe eingestellt werden. Deshalb sind, dem Vernehmen nach, schon Unterhandlungen mit dem Reichsschatzamte eingeleitet worden.

Der nationalliberale „Ruck nach Links" beginnt, sich immer herrlicher zu offenbaren. In Frankfurt a. O. ist eine Einigung der bürgerlichen Parteien für die kommende Reichstagswahl versucht worden. Ueber den Ausgang dieses Experimentes meldet die „Oder-Ztg.": Es fanden mehrere Besprechungen zwischen den Führern der einzelnen Parteien statt, und am letzten Freitag ist wenigstens insofern eine Einigung erzielt worden, daß die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen sich für die Kandidatur des Landtagsabgeordneten Baumeisters Felisch in Charlottenburg entschieden. Der Versammlung wohnte auch ein Vorstandsmitglied der freisinnigen Vereinigung bei, das sich ebenfalls für die Kandidatur Felisch aussprach, doch steht noch nicht fest, ob diese Partei für Felisch eintreten wird. Die freisinnige Volkspartei, die zu einer früheren Besprechung Vertreter entsandt hatte, wohnte der letzten Versammlung nicht bei, sondern ließ erklären, daß sie an den weiteren Berathungen sich nicht betheiligen könne. — Herr Felisch, der bekannte Oberscharfmacher im Baugewerbe, ist zusammen mit Herrn Ring, dem „Milch-Ring", dem Vater der Viehvertheuerungszentrale, von den agrarischen Wählern des Wahlkreises Teltow-Storkow in's Abgeordnetenhaus gewählt worden. Und diesen Herrn wollen die Nationalliberalen in den Reichstag schicken. Und das nennt sich „Ruck nach Links!"

„Schüttelt die Versucher von Euch ab!" Nach einer Berliner Korrespondenz enthielt die neuliche Ansprache des Kaisers an die Berliner Rekruten bei der Vereidigung u. a. noch folgende Stellen:

Denkt stets an Euren Fahneneid und schüttelt die Versucher von Euch ab. Vergeßt aber auch Euren Gott nicht, denn durch den Segen des Allerhöchsten wird Euch Euer Dienst leicht und lernt Ihr schwere Stunden überstehen. Schämt Euch nicht des Gebets, das Euch einst Eure Mutter gelehrt hat. Wer Gott vertraut, ist noch nie untergegangen und war die Prüfung auch noch so schwer. Ihr habt mir Treue geschworen; seid aber Euch selbst auch treu. Der Rock, den Ihr tragt, ist mein Rock und Ehre dem, der ihn tragen kann. Laßt dies Ehrenkleid aber nicht beschimpfen, denn wer Euch beleidigt, tritt auch mir zu nahe. Haltet aber Frieden mit Jedermann, vergewissert Euch in der Stunde der Anfechtung Eures Eides und zeigt Euch würdig, dem Heere anzugehören und dem Wohle des Ganzen zu dienen nach dem Vorbilde Eurer Väter. Wer seine Pflicht treu und gewissenhaft erfüllt, der darf meines Dankes versichert sein und dem wird's auch wohl gehen, das war immer schon so. Nun gehet heim und thut Euren Dienst!"

Der Kaiser glaubt also, daß sich „Versucher" an die Soldaten herumtreiben, um sie dem Fahneneide untreu zu machen. Und er meint, es sei Gefahr, daß das „Ehrenkleid" beschimpft werde. Der Kaiser ist falsch berichtet. Im übrigen hat die Rede an Inhalt wie Form stark patriarchalischen Anstrich — schon das vertrauliche Ihr in der Anrede anstatt des üblichen Sie giebt ihr diesen Charakter — noch mehr aber die altertümelnde, theologisirende Sprache. Das Religiöse ist in dieser Ansprache noch weiter ausgedehnt worden, als in den früheren Ansprachen. Doch ist an Stelle des früher scharf betonten christlichen Standpunkts der allgemein religiöse getreten. Die Blätter des frommen Judenthums, die früher betrübt wurden durch die kaiserliche Behauptung, daß nur ein guter Christ ein guter Soldat sein könne, dürfen sich jetzt zufrieden geben. Im unchristlichen Kontrast zu dem überwiegend religiösen Inhalt der Rede steht freilich die Mahnung, das Ehrenkleid nicht beschimpfen zu lassen. Aber das kriegerische Christenthum besteht eben aus Widersprüchen.

Die hessischen Landtagswahlen. In Mainz wurden unsere Genossen Dr. David und Haas, in Offenbach Genosse Ulrich wiedergewählt. In Offenbach-Land verlief die Wahl resultatlos, weil die ultramontanen Wahlmänner fortblieben. Die Wahl findet nunmehr am nächsten Donnerstag statt. Die Wahl unseres Genossen Orb ist indessen sicher.

Eine indirekte amtliche Anerkennung der Fleischnot wird aus Ostpreußen gemeldet: In Anbetracht der gegenwärtigen hohen Fleischpreise hat der königliche Oberfischmeister zu Lötzen im Auftrage der Regierung die domänenfiskalischen Fischereipächter aufgefordert, auf den Märkten Fische zum Verkauf zu stellen, damit der Bevölkerung reichlich Gelegenheit zum Kaufe von Fischen geboten werde.

Die Affaire Peters soll wieder aufleben. Ueber eine Unterredung zwischen Dr. Karl Peters und Bebel im Reichstage wissen die „Leipz. N. N.", die Peters nahestehen, zu berichten:

Am Freitag erschien Dr. Peters im Reichstage, um den Abgeordneten Bebel persönlich aufzufordern, ihm seinen Gewährsmann in Sachen des Tucker-Briefes zu nennen. Beide hatten in der Wandelhalle eine längere Unterredung. Bebel weigerte sich, seinen Gewährsmann namhaft za machen. Auf die Vorhaltung, daß Bebel unter dem Schutze der Immunität Verleumdungen ausspreche, ohne sie an einem Orte zu wiederholen, wo er zur Rechenschaft gezogen werden könne, blieb Bebel bei seiner Weigerung. Er gebe ja zu, daß er düpirt worden sei, sagte er, aber er habe sein Wort gegeben. Im übrigen habe ja Dr. Peters einen bestimmten Verdacht geäußert, und vor Gericht würde er (Bebel) ja unter Eid aussagen müssen. Darauf entfernte sich Dr. Peters, indem er erklärte, er habe sich also in seinem Vertrauen auf Bebels Ehrlichkeit geirrt.

Ob ein Peters an Bebels Ehrlichkeit glaubt, wird Bebel sehr einerlei sein können. Bebel hat dem Herrn ja den Weg gezeigt, auf dem er ihn zur Aussage veranlassen kann, ohne daß er dabei sein Wort bricht! Nebenbei ist Peters noch lange nicht rehabilitirt, wenn der Fälscher des Tuckerbriefes entdeckt und bestraft wird.

Zwischenrufe. Ein besonderes Studium verdienen die Zwischenrufe, die jetzt die Reichstagssitzungen beleben. Hervorragendes leistet darin die Rechte. Von wem vor einigen Tagen der Ruf: „Elender Wicht" gegen einen Redner der Linken geschleudert wurde, wird sich nicht feststellen lassen. Auch das am Donnerstag fallende, an die Adresse des Dr. Barth gerichtete Wort: „Der Kerl muß auch immer quatschen" ist unbekannter Vaterschaft. Dagegen wird wohl, meint der „Vorw.", Herr v. Massow den Ruf „Singerleben", der am Freitag fiel, gern für sich reklamiren. Herr v. Massow gehört dem Reichstage erst wenige Monate an; als er sich mit einer stotterigen Rede vorstellte, meinte er: „Meine Herren, ick bin ein jesunder Junge!" Daß dieser Edle körperlich gesund ist, mag schon sein.

Es bröckelt weiter im allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften! Der Verband Nordwestdeutscher Konsumvereine, dem auch die Lübecker Genossenschaftsschafts-Bäckerei angehört, hielt am 9. November in Hannover einen außerordentlichen Verbandstag ab. Auf der Tagesordnung stand: Beschlußfassung über den Austritt des Verbandes aus dem Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften; ferner entsprechende Aenderung des Statuts. Auf dem Verbandstag waren 59 Konsumvereine und Produktivgenossenschaften vertreten. Verbandsdirektor Heins-Bremen eröffnete den Verbandstag und legte in ca. ¾stündiger Rede seinen Standpunkt gegenüber dem Allgemeinen Verbande dar. Redner geißelte in scharfen Worten das Vorgehen des Allgemeinen Verbandes in Kreuznach, erklärte sich mit den 6, dem Nordwestdeutschen Verbande angehörenden Vereinen, welche dort ausgeschlossen wurden, solidarisch und empfahl den Austritt des ganzen Verbandes. Nachdem unter andern Rednern v. Elm gleichfalls in ca. ¾stündiger Rede den Austritt empfohlen hatte, wurde die namentliche Abstimmung vorgenommen. Für den Austritt stimmten 57 Vereine, gegen den Austritt 2 Vereine. Eine entsprechende Aenderung des Statuts wurde darauf vorgenommen. — Die reinliche Scheidung der Geister im Allgemeinen Verbande nimmt also ihren Fortgang. Im Interesse des Genossenschaftswesens ist das nur zu begrüßen!

Landesverrathsprozeß. Das Urtheil im Verrathsprozeß Beck und Genossen wurde Sonnabend verkündet. Das Reichsgericht erkannte gegen den Schachtmeister Beck auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen den Kontroleur Bai 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen den Erdarbeiter Proserpio auf 8 Jahre Zuchthaus. Allen dreien wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Frau Bai wurde wegen Beihilfe zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt. Außerdem wurde gegen die Angeklagten auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Aus der Begründung des Urtheils geben wir Folgendes wieder: Es ist als erwiesen angenommen worden, daß Beck den Versuch gemacht hat, die Shrapnelzünder C 96 und 98 an eine fremde Regierung (Frankreich) auszuliefern; ferner hat er den Plan einer Brücke ausgeliefert und versucht, Abschnitte aus den Entfestigungsarbeiten von Metz zu verrathen. Nicht erwiesen ist, daß dieser Plan zu denjenigen Dingen gehört, bezüglich deren eine Geheimhaltungspflicht bestand. Die beiden anderen Angeklagten haben mit ihm gemeinschaftlich die Brückenpläne zur Kenntniß einer anderen Macht gebracht. Alle drei waren sich bewußt, daß sie dadurch sich des Landesverraths schuldig machten. Ein Theil ihrer Thätigkeit fiel ins Ausland, aber auch im Inlande sind sie in einer Weise thätig gewesen, daß sich ihre Verurtheilung wegen Landesverraths rechtfertigt. Frau Bai hat sich der Beihilfe dadurch schuldig gemacht, daß sie die Pläne unter ihren Kleidern verborgen über die französische Grenze brachte.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am Donnerstag dem Gesetzentwurfe wegen der Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1902 die Zustimmung ertheilt. Sodann hat der Bundesrath einer Reihe von Ausschußanträgen zugestimmt, so dem Antrage betreffend Gewährung der Zollfreiheit an die bei dem Deutschen Reiche beglaubigten Botschafter, Gesandten usw., des weiteren dem Antrage über das Abkommen mit Belgien betreffend den Verkehr mit Branntwein an der deutsch-belgischen Grenze vom 1. August 1902, sowie dem Ausschußantrage betreffend das Abkommen mit Frankreich über die gegenwärtige Behandlung der Handlungsreisenden vom 2. Juli 1902.

Die Vernichtung des haitianischen Rebellenkreuzers „Crete a Pierrot" durch das deutsche Kanonenboot „Panther" ist auf direkten telegraphischen Befehl des Kaisers erfolgt. Wie die „Marinerundschau" mittheilt, erhielt das Kanonenboot am 1. September in St. Thomas den Befehl, sofort den Schutz der deutschen Interessen in den haitianischen Gewässern zu übernehmen. Am 5. September Nachmittags um 4 Uhr traf der „Panther" in Port au Prince ein. Kaum lag er zu Anker, als auch schon der kaiserliche Geschäftsträger, Konsul Franksen, mit einem soeben eingetroffenen Telegramm an Bord kam, das den Befehl des Kaisers enthielt, das haitianische Schiff „Crete a Pierrot" sofort aufzusuchen, mit oder ohne Kampf zu nehmen und bis auf Weiteres besetzt zu halten, weil dieses Schiff durch Wegnahme von Ladung des deutschen Dampfers „Markomannia" von der Hamburg-Amerika-Linie Seeraub verübt hatte. Die darauf folgende Vernichtung des „Crete a Pierrot" ist bekannt.

Zur Entscheidung im Samoastreit theilt die „New Yorker Staatszeitung" mit, daß es sich bei den Entschädigungsforderungen im ganzen um die Summe von 450 345 Doll. handelte, wovon auf deutsche Unterthanen 103 918 Dollar, amerikanische Bürger 77 605 Doll., Franzosen 26 321 Doll., Briten 6285 Doll., Schweizer 7181 Doll., eingeborene Samoaner 221 979 Doll, und der Rest auf Angehörige von Portugal, Oesterreich, Dänemark, Schweden und Norwegen und China kommen würde. Der Schiedsgerichts-Vertrag setzte fest, daß der König von Schweden ermitteln solle, ob die Amerikaner und Engländer für den durch das Bombardement verursachten Schaden überhaupt verantwortlich seien und, wenn das der Fall, wie hoch der Betrag ihrer Haftbarkeit zu bemessen sei. Ueber letzteres ist noch nichts bekannt geworden.

Kleine politische Nachrichten. An Stelle des Abgeordneten v. Frege im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis (Borna) haben die Konservativen den Zwickauer Kreishauptmann Dr. Forker-Schuhbauer als Kandidaten in Aussicht genommen. — Eine parlamentarische Aktion in polnischen Angelegenheiten will, nach dem „Kuryer", die polnische Reichstagsfraktion in Form einer Interpellation unternehmen. Der Beschluß ist in einer am 4. d. Mts. abgehaltenen Fraktionssitzung gefaßt. Die Interpellation soll nur solche Materien berühren, die zur Kompetenz des Reichstages gehören. — Ein Antrag der Sozialdemokraten auf vorübergehende Aufhebung der städtischen Fleischabgabe wurde aus finanziellen Gründen von den bürgerlichen Kollegien Cannstatts abgelehnt. — Oberschlesischen Blättern zufolge hat die Verwaltung des fiskalischen Steinkohlenbergwerks Bielschowitz, um die Zahl der einheimischen Arbeitslosen zu verringern, sämmtlichen Ausländern gekündigt. — Der Prozeß Boeing in Neuwied wegen Bilanzfälschung, Registerfälschung und absichtlichen Handels zum Nachtheil der Aktiengesellschaft endete mit der Verurtheilung L. Boeing's zu 4 Jahren Gefängniß, 19 800 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust. Arthur Boeing, der Bruder, wurde vollständig freigesprochen. — Die Polizei in Barcelona entdeckte ein karlistisches Komplott behufs einer revolutionären Erhebung, um die Kurse an der Börse zu beeinflussen und daraufhin einen Börsenkoup auszuführen. Mehrere Karlisten wurden verhaftet. — 1500 Griechen von den Inseln Ithaka und Santa Maura sind nach einer Meldung des „Daily Chronicle" aus Athen nach Transvaal ausgewandert. — Nach einem Telegramm aus La Viktoria (Venezuela) haben Truppen, welche die Aufständigen verfolgten, den General Ramon Luizi gefangen genommen. Dieser war mit 4060 Mann Verstärkungen nach Alta Gracia unterwegs. — Die Räumung Schanghais von den Truppen der fremden Mächte steht angeblich unmittelbar bevor.

Oesterreich-Ungarn.

Sturmzeichen in Wien und Budapest. Schwere Stürme ziehen über die Parlamente in Wien und Budapest herauf. In beiden wird die Situation täglich unhaltbarer und die Oppositionsparteien beharren auf der Obstruktion. Im Abgeordnetenhause hielt der Tschechenführer Kramarz Freitag eine Rede gegen die alldeutsche Bewegung, die bei den nichtdeutschen Parteien dröhnenden Beifall fand. Kramarz erklärte, in Oesterreich regiere die Furcht vor Deutschland, und bis zur Selbsterniedrigung stehe jede Regierung in diesem Banne. Man müsse endlich österreichische und nicht deutsche Politik machen. Zum Schluß richtete Kramarz eine förmliche Absage der Tschechen an das Kabinett Koerber. Im Budapester Parlament richtete der Abg. Lengyely von der Unabhängigkeitspartei gegen den Kaiser und den Erzherzog Ferdinand nicht wiederzugebende Angriffe. Seit dem Bestande dieses Parlaments wurden solche Worte gegen die Dynastie nicht vernommen. Unter den Mitgliedern des liberalen Komitees wird der Rücktritt des Kabinetts Szell als unvermeidlich bezeichnet.

Frankreich.

Der Grubenarbeiterausstand. Die Bergarbeiter in St. Etienne erklärten sich, nachdem sie von den Entscheidungen der Schiedsgerichte von du Nord und Pas-de-Calais Kenntniß erhalten, gegen die schiedsgerichtlichen Entscheidungen und beschlossen einmüthig, den Ausstand fortzusetzen, obwohl das Ausstandskomitee zur Annahme gerathen hatte, weil die Ablehnung dem Prinzip der Schiedsgerichte einen schweren Schlag versetzen würde. — Die Vertreter der Grubengesellschaft von Grande Taube und die Vertreter ihrer ausständigen Arbeiter einigten sich, einer Marseiller Meldung zufolge, über alle strittigen Fragen und beschlossen, kein Schiedsgericht anzurufen. Sollte indes die Arbeit am 17. November nicht wieder aufgenommen sein, so erhält die Gesellschaft wieder völlige Aktionsfreiheit. — Der Ausschuß der „unabhängigen" Arbeiterbörse beschloß an die „gelben" Syndikate im Departement du Nord eine Einladung ergehen zu lassen, um gemeinsame Sache mit den rothen Syndikaten zu machen.

Belgien.

Vom Bergarbeiterausstand. Der Gouverneur der Provinz Hennegau lehnte entschieden das Ersuchen der Bergleute ab, eine Besprechung mit den Grubendirektoren zu veranlassen. — 2000 belgische Bergarbeiter, die in Nordfrankreich arbeiten und täglich die Grenze passiren, wurden, wie aus Brüssel gemeldet wird, unter schweren Mißhandlungen nach Belgien zurückgeworfen. Die Franzosen mußten durch eine Schwadron Husaren von dem belgischen Gebiet vertrieben werden.

England.

In Englisch-Somaliland stehen die Dinge nicht gerade zum Besten für die Engländer. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Berbera vom 5. d. Mts: Oberst Swayne ist erkrankt und nach England abgereist. Die Schwierigkeiten bei Zusammenstellung der Transportmittel für den Proviant verzögern den Vormarsch der Expedition gegen den Mullah. Es wurde eine fliegende Kolonne unter Oberst Cobbe geschaffen, die, während der allgemeine Vormarsch noch in Vorbereitung begriffen ist, von Gerrero aus operiren soll. Wenn die Verstärkungen eintreffen, wird General Manning einen Theil des aus den Somalistämmen ausgehobenen Truppenkörpers auflösen. Die Vorposten des Mullah stehen wenige Meilen von Bohotle. Der Mullah verfügt über 2000 Gewehre meist französischen Ursprungs, die von Djibuti stammen und über große Mengen von Munition. Außerdem hat er noch 15 000 Speerträger. Somalispione berichten von einer großen Karawane unter europäischer Führung, die mit Gewehren durch das Webbeland zum Mullah ziehe. Es ist schwer, das Landen von Geschützen und die Waffeneinfuhr von französischem Gebiet zu verhindern. — Alles spricht dafür, daß die Engländer mit dem Mullah noch sehr böse Erfahrungen machen werden.

Türkei.

Der italienisch-türkische Zwischenfall in der Midi-Bai (rothes Meer). Auf das Verlangen der Pforte, daß die italienischen Kriegsschiffe aus der Midi-Bai zurückgezogen werden sollten, ehe über die Seeräuber-Angelegenheit weiter verhandelt werde, hat die italienische Regierung erwidert, daß zuerst die früher vereinbarten Bedingungen erfüllt werden müßten, nämlich Zahlung einer Entschädigung und Auslieferung der Piraten. Die Frist zur Erfüllung der Bedingungen ist jedoch neuerdings bis zum 15. ds. Mts. verlängert worden. Die Türken sind über das Vorgehen der Italiener sehr besorgt und erklären, daß die Gefangennahme der Piraten schwierig und langwierig sei. Sie befürchten, die italienische Aktion bezwecke durch ein längeres Verweilen in der Midi-Bai irgend welche Aspirationen an der arabischen Küste zu realisiren.

Marokko.

Der Thronprätendent Semlali, der mit seinen Anhängern auf Fez marschierte, um das Sultanat sich zu erobern, ist, wie der „Frankf. Zt.g" aus Tanger gedrahtet wird, bei Taza von den Truppen des Sultans vollständig umringt. Eine Schlacht wird erwartet.

Afrika.

Die Nachrichten aus Südafrika lauten noch immer unbefriedigend. Wie Reuter aus Johannesburg berichtet, haben sich die Erwartungen einer großen Besserung des Arbeiterersatzes im Laufe des Sommers nicht erfüllt. Die Anzahl der im Oktober angekommenen Arbeiter ist geringer als im September. Einer Schätzung zufolge stehen noch 3500 Stampfwerke still. Nur in wenigen Bergwerken arbeitet die volle Anzahl Stampfen, aber auch diese sind selten während der ganzen Arbeitszeit in Betrieb. Dieser langsame Fortschritt beeinflußt im allgemeinen das Aufblühen der Minenindustrie in der Stadt sehr nachtheilig.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 10. November 1902.

Womit sich das hiesige Bürgerthum beschäftigt! Während augenblich jeder Mensch, der noch etwas Interesse am politischen Leben und an der ferneren Gestaltung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse besitzt, erwartungsvoll die Verhandlungen des Reichstages verfolgt; während Jeder, der den Ernst der politischen Situation erkannt hat, sein ganzes Sinnen und Denken auf die gewärtige politische Lage gerichtet hat; während dieser ernsten Zeit will das Bürgerthum der „Freien und Hansestadt Lübeck" ein altdeutsches Trachtenfest abhalten. Das ist dasselbe Bürgerthum, deren Organe zu feige sind, um bei einer Frage, wo das ganze Lebensinteresse unserer Vaterstadt auf dem Spiele steht, ein kräftiges Wort zu reden. Die Abhaltung dieses sogen. „Altdeutschen Trachtenfestes", sowie die Haltung der hiesigen bürgerlichen Presse anläßlich der brodwucherischen Pläne der Agrarier und Regierung beweist uns abermals, daß das hiesige „honette" Bürgerthum in politischer Beziehung überhaupt nicht mehr ernst zu nehmen ist. Reichstags- und Bürgerschaftswähler, merkt Euch dieses!

Von einem gewissen Hochmuthsdünkel befallen werden in manchen Fällen die Arbeiter, welche durch einen glücklichen Umstand zu Vorarbeitern oder Werkmeistern avanziren. Sie fühlen sich dann als etwas besseres und vergessen, daß sie früher auch einmal „gewöhnliche" Arbeiter gewesen sind. Nach ihrer Meinung besteht dann ihre Hauptaufgabe darin, die ihnen unterstellten Arbeiter zu tribuliren und sie im Interesse ihrer Arbeitgeber zu möglichst intensiver Arbeitsleistung anzutreiben. So wird aus dem Paulus ein Saulus, aus dem früher harte Frohndienste verrichtenden Arbeitsmann ein moderner Sklaventreiber. Es soll allerdings nicht verkannt werden, daß in vielen Fällen die Vorarbeiter und Meister, welche selbst von höheren Vorgesetzten angetrieben und gehetzt werden, zwecks Erhaltung ihrer Stellung zum Antreiben gezwungen sind. Recht häufig aber — und das trifft hier in Lübeck leider in sehr vielen Fällen, wie wir schon verschiedentlich zu berichten Gelegenheit hatten, zu — fungieren diese Leute als „freiwillige" Antreiber, die sich als liebedienerische Knechte der Unternehmerthums entpuppen. Der Zweck dieser Zeilen soll nun der sein, diese Kategorie von Arbeitern — denn auch sie sind trotz ihrer „höheren" Stellung noch Arbeiter — an ihre Pflicht zu erinnern, damit sie in dem Arbeiter ihren Kollegen erblicken und ihn auch als solchen behandeln. Ihre Interessen sind die gleichen; auch sie leiden unter dem Drucke des Kapitalismus!

Etwas über die hiesige Militärkapelle. Man schreibt uns: „Wie wir erfahren haben, sind Mitglieder dieser Kapelle bei hiesigen Geschäftsleuten gewesen, um Annoncen für den von der Kapelle zur Ausgabe gelangenden „Konzertanzeiger der Forsthalle" zu sammeln. Wir können uns nicht denken, daß ein derartiger Geschäftsbetrieb der Kapelle von den obersten Militärbehörden genehmigt wird, und glauben auch nicht, daß die Herren Militärmusiker sich einen Gewerbeschein gelöst haben, wie es andere Geschäftsleute thun müssen. Da es nach unserer Ansicht zu weit geht, daß die Militärkapelle in dieser Art ihren Geschäftsbetrieb ausdehnt, so sprechen wir die Hoffnung aus, daß in Zukunft von zuständiger Seite dieser Angelegenheit etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird."

Den Radfahrern zur Beachtung empfohlen sei eine Entscheidung des hiesigen Schöffengerichts, welche am Freitag gefällt wurde. Der Arbeiter K. hatte vom Polizeiamt einen Strafbefehl über 3 Mk. erhalten, weil er im September, nachdem er den sogenannten schwarzen, die Wasserkunst mit der Ratzeburger Allee verbindenden Weg (Privatweg) passirt hatte, auf dem Fußwege der Ratzeburger Allee gefahren sein sollte. Hiergegen erhob er Widerspruch und erzielte auch seine Freisprechung infolge mangelnder Beweise. Bei Verhandlung dieser Sache mußte auch vom Gericht die Frage geprüft werden, ob den Radfahrern die Benutzung von Privatwegen gestattet sei, resp. ob das Polizeiamt im Uebertretungsfalle ohne Genehmigung der resp. Eigenthümer von Privatwegen Strafen verhängen könne. Nach längerer Berathung kam das Gericht zu dem Entscheid, daß die Benutzung von dem Fußgängerverkehr dienenden Privatwegen abseiten der Radfahrer verboten sei. Das Polizeiamt sei auch befugt, ohne Genehmigung der Eigenthümer von Privatwegen Strafen wegen Uebertretung dieses Verbots zu verhängen. Würde dem Angeklagten die Benutzung des Privatweges zur Last gelegt worden sein, dann hätte unbedingt eine Bestrafung eintreten müssen. — Demnach dürfen Radfahrer Privatwege nicht benutzen.

Achtung, Maurer! Zuzug nach Rostock ist fernzuhalten wegen des von den Maurermeistern den Gesellen aufgezwungenen Abwehrkampfes gegen eine willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit.

Durchgänger. Am Sonnabend Mittag scheuten auf der Burgthorbrücke die Pferde des Landwirths Lüer aus Israelsdorf, der sich mit einem zweispännigen Gefährt auf dem Wege zur Stadt befand. Trotzdem die Thiere in rasendem Galopp durch die große Burgstraße jagten, hatte Herr Lüer dieselben glücklicherweise doch so in Gewalt, daß es ihm gelang, zwei ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen ausweichen zu können. In der Nähe des Geibelplatzes kollidirten die Durchgänger mit dem Fuhrwerk des Butterhändlers Herrn Wischendorf; hierbei wurde das Pferd des letzteren Gefährts überrannt und die Deichsel beider Wagen brachen. Herr Lüer wurde bei dieser Gelegenheit vom Wagen geschleudert und bis zum Geibelplatz mitgeschleppt, wo es schließlich gelang, die Pferde zum Stehen zu bringen. Soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, ist außer der Beschädigung der Wagen noch Alles glimpflich abgelaufen; auch Herr Lüer befindet sich wohl.

Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben im Monat Oktober 1902. Es gingen ein an Einkommensteuer 19 657,53 Mk., Eisenbahnsteuer 639,00 Mk., Erbschaftssteuer 28 245,08 Mk., Veräußerungsabgabe 32 968,43 Mk., Stempelabgaben 7 566,00 Mk., Schiffsabgaben 38 970,19 Mk., zusammen 128 046,23 Mk., gegen 108 618,10 Mark im gleichen Monat des Vorjahres, mithin ist ein Mehr von 19 428,13 Mk. zu verzeichnen. Während der Zeit vom 1. April bis Ende Oktober 1902 gingen insgesammt 1 400 876,89 Mk. gegen 1 447 188,61 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres ein. Hier ist demnach eine Mindereinnahme von 46 311,72 Mk. vorhanden.

Neue Straßennamen. Durch Beschluß des Senates ist den auf dem Grundstücke des Bauunternehmers G. Jünemann auszubauenden Straßenstrecken, und zwar der von der Falkenstraße abzweigenden Straße, der Name „Attendornstraße" und der Querstraße, welche der Falkenstraße parallel läuft, der Name „Morkerkestraße" beigelegt worden.

Anzeigepflichtige Krankheiten. Im verflossenen Monat gelangten 22 Erkrankungen an Diphtherie, 13 an Masern, 33 an Scharlach, 6 an Typhus und 1 an Wochenbettfieber zur Anzeige. Hiervon verliefen 2 Erkrankungen an Diphtherie, 3 an Masern und je 1 an Scharlach und Typhus tödtlich.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: In der morgigen Aufführung von Halevys Oper „Die Jüdin", welche durch Herrn Kapellmeister Trummer gänzlich neu einstudirt worden ist, werden unsere ersten Opernkräfte thätig sein. Für Mittwoch hat die Direktion den Entschluß gefaßt, angeregt durch maßgebende Kreise der hiesigen Schulen, den Versuch zu machen, auch an anderen Tagen als an Sonnabenden der Schuljugend klassische und litterarisch werthvolle Stücke zu billigen Preisen zugänglich zu machen. Es sollen in diesen Vorstellungen alle diejenigen unserer Klassiker Berücksichtigung finden, die an den Sonnabenden des überlasteten Spielplanes wegen nicht zu Worte kommen können. Um diese Veranstaltungen in der denkbar entgegenkommendsten Weise zu unterstützen, hat die Direktion der Schuljugend sämmtliche verfügbaren Plätze zum Preise von 75 Pfg. (3. Rang 30 Pg.) zur Verfügung gestellt. Der 1. Rang bleibt den Schülerinnen reservirt. Das laufende Abonnement wird durch dieses Unternehmen selbstredend nicht berührt.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde findet am Mittwoch Abend halb 9 Uhr eine Monatsversammlung statt. Außer den geschäftlichen Mittheilungen und Erörterungen steht noch ein Vortrag: „Verstandesbildung beim Kinde vor dem schulpflichtigen Alter" auf der Tagesordnung.

Bestrafte Kuppelei. Wegen Kuppelei wurde am Sonnabend die Ehefrau K. von der hiesigen Strafkammer II zu 5 Monaten Gefängniß, 2 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Ein Verkehrshinderniß, die an der Ecke der Fleischhauer- und Königstraße befindliche Laterne, ist in Veranlassung der letzten Debatte in der Bürgerschaft beseitigt; dieselbe ist jetzt am Gebäude der Verwaltungsbehörde angebracht worden.

Personalien. Der Senat hat die Hafenmeistergehülfen H. J. F. Mews und E. W. Günther nach bestandener Probedienstzeit fest angestellt.

Verlegung. Die Geschäftszimmer der Baupolizeiabtheilung und der Direktion der Feuerwehr werden heute nach Breitestraße 61 (Haus Röhring) zweites Obergeschoß, verlegt. Eingang vom alten Schrangen. Fernsprechnumer 80.

Das Handelsregister weist folgende Eintragungen auf: bei der Firma Hanseatische Fisch-Industrie-Aktiengesellschaft (vorm J. H. Schumacher) in Lübeck. Die dem G. W. Güth ertheilte Prokura ist erloschen. — Neu eingetragen ist die Firma Otto Christensen zu Lübeck. Inhaber Kaufmann O. V. Christensen zu Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Jute und Jute-Waaren, sowie Sacknäherei mit elektrischem Betrieb.

Vom Hafen. Heute wird voraussichtlich für die Firma Diestel der Dampfer „Neptun" mit einer Ladung von zirka 50 000 Zentnern Steinkohlen im hiesigen Hafen eintreffen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt und festgenommen wurden die beiden Mädchen, die, wie vor einigen Tagen gemeldet, einen Monteur von außerhalb in sein Logis begleiteten und ihm hier seine ganze, etwa aus 70 Mark bestehende Baarschaft stahlen. — Des Weiteren wurde eine vielfach vorbestrafte Gottesgeldschwindlerin in hiesiger Stadt ermittelt und festgenommen. Außer Miethsgeldschwindeleien hat sie auch auf den Namen ihrer früheren Herrschaft sich Waaren auf Kredit zu verschaffen gewußt.

Crummesse. Einen schönen Verlauf nahm die am gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn Schacht abgehaltene Volksversammlung, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Genosse Stelling aus Lübeck gab in ca. 1½stündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage und ermahnte die Erschienenen, heute schon durch eine rege Agitation dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Ueberzöllner zum Tempel hinausgejagt würden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Schönberg. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung fand hierselbst am gestrigen Sonntag statt. Zu derselben hatten sich ca. 120 Arbeiter eingefunden. In 1½stündiger Rede sprach Genosse Bartels über die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der Vortrag wurde auch von den zahlreich erschienenen ländlichen Arbeitern mit großem Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde ein Arbeiter-Bildungsverein gegründet, dem sofort 40 Mitglieder beitraten. Mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung erfolgte Schluß der imposanten Versammlung. Der Samen ist ausgestreut, möge er aufgehen und herrliche Früchte tragen.

Oldesloe. Redefreiheit bei den Christlich-Sozialen. Unseren Genossen in Oldesloe ist es durch die bekannte Saalabtreiberei unmöglich gemacht, unsere Ideen und Grundsätze dortselbst propagiren zu können. Als vor einigen Monaten es gelungen war, die Diele eines massiven Hauses mit zwei großen Eingangsthoren zur Abhaltung einer Versammlung erhalten zu können, und der Genosse Frohme für ein Referat bereits zugesagt hatte, verbot die überaus vorsorgliche Behörde Oldesloes die Abhaltung auf Grund eines uralten Brandreglements. Die sofort beim Landrath in Wandsbek erhobene Beschwerde ist bis heute noch keiner Antwort gewürdigt worder. Diese offensichtlichen Unterdrückungsabsichten veranlaßten unsere Genossen, es einmal mit der Gastfreundschaft eines in Oldesloe gegründeten evangelisch-sozialen Vereins zu versuchen. Einer der Leiter dieses Vereins, der Redakteur des „Oldesloer Landboten", hatte zugesagt, daß in einer Mitgliederversammlung genannten Vereins am Freitag, den 7. d. M., in welcher Tischlermeister Röhrig, der sogenannte Verbandsvorsitzende der evangelisch-sozialen Vereine Schleswig-Holsteins, einen „Vortrag" über „Arbeitszeitverkürzung und Achtstundentag" halten wollte, einen oder auch zwei Genossen unsererseits unbeschränkte Redefreiheit zustehen sollte. So war unsererseits Genosse Schaumburg-Hamburg erschienen, um das für uns so hochwichtige Thema vor den Mitgliedern des Vereins zu beleuchten. Anstandslos war auch Genosse Schaumburg der Zutritt zu der aus 17 Mitgliedern und 15 Gästen bestehenden Versammlung gestattet worden. Nachdem der Referent ¾ Stunden gesprochen, klang das Referat dahin aus, daß wohl eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit möglich und aus hygienischen Gesichtspunkten auch nöthig sei und daß mit Gottes Hülfe auf diesem Gebiete wohl auch bald weitere Fortschritte gemacht werden würden. Welche Rolle die Arbeiter, doch die zunächst am meisten Interessirten, dabei zu übernehmen haben, verrieth der Referent nicht. Nun war weder Vorsitzender noch Schriftführer des Vereins anwesend und übernahm darum der Redakttör Flamme des „O. L." den Vorsitz, während ein Lehrer Trenkner als provisorischer Schriftführer fungirte und dieser sein Amt damit begann, die Namen sämmtlicher Anwesenden aufzuschreiben, und dann forderte, daß außer fünf vom Vorstand eingeladenen Personen sämmtliche Gäste die Versammlung verlassen sollten. Der Vorsitzende meinte jedoch, daß man den Anwesenden die Theilnahme wohl gestatten könne, nur könne nicht erlaubt werden, daß außer dem Genossen Schaumburg Jemand von den Gästen an der Debatte sich betheilige. Nach diesem kleinen, für die Einigkeit und christliche Nächstenliebe der Arbeiterbündler karakteristischen Intermezzo verkündete der Vorsitzende, daß der Vorstand beschlossen habe, für die Diskussion nur 10, höchstens 15 Minuten Redezeit zu gewähren. Genosse Schaumburg berief sich auf die vorausgegangene Zusage und erklärte, bei so außerordentlich beschränkter Redezeit nicht diskutiren zu können. Nach längerem Hin und Her ward dann zugestanden, daß derselbe Redner wiederholt sprechen könne. Nachdem aber Genosse Schaumburg etwa 13 Minuten gesprochen, erhob sich der Vorsitzende und bat, wieder abzubrechen. Auf den Protest unseres Genossen Schaumburg wurde diesem bedeutet, daß ihm nicht gestattet werden könne, einen „ganz neuen Vortrag" zu halten, sondern er sich begnügen müsse, nur auf das einzugehen, was der Referent berührt habe. Unter solchen Umständen verzichtete Genosse Schaumburg auf jede weitere Diskussion und verließ, gefolgt von 16 Theilnehmern, die Versammlung. Wieder einmal ein Beweis dafür, wie zwecklos es ist, Versprechungen von Loyalität und Anständigkeit bei Christlich-Sozialen für baare Münze zu nehmen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Friedrichstadt unterlagen unsere Genossen, welche sich zum ersten Male betheiligten, mit 57 gegen 524 bürgerliche Stimmen. — Der Streik am Schulbau in Tönning ist zu Gunsten der Arbeiter beendigt worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wir berichteten kürzlich, daß zwei Hamburger Sandschiffer auf der Elbe ertrunken seien. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist bei der Kollision zwischen dem englischen Dampfer und der Seeschute einer der angeblich Ertrunkenen von der Besatzung des Dampfers gerettet und mit nach Cuxhaven genommen worden. Die Katastrophe hat also nicht zwei, sondern ein Menschenleben erfordert. — Der Generaldirektor der Hamburger Straßenbahn, Röhl, ein geborener Lübecker, ist im Alter von 52 Jahren Sonnabend Abend um 6¾ Uhr an einem Schlaganfall gestorben. Röhl war 34 Jahre bei der Gesellschaft angestellt und hat seine Laufbahn als Unterbeamter begonnen. — Vom Eisenbahnzuge überfahren wurde in Kavelstorf bei Schwaan der dort wohnende Lehrer Offen aus Prisannewitz, dicht bei seiner Wohnung. Der Tod trat sofort ein. — Einen Racheakt suchte eine Wittwe in Malchow gegen einen dortigen Einwohner in der Weise zu vollführen, daß sie ihm Schwefelsäure in das Gesicht zu gießen versuchte. Glücklicherweise verfehlte sie das Ziel und die ätzende Flüssigkeit traf nur den Rock des Angegriffenen, der auf den bespritzten Stellen vollständig versengte. — Aus Oldenburg wird gemeldet: Das Ergebniß des Sektionsbefundes bei der ermordeten Hebamme Muhle ergab als Wahrscheinlichkeit Erdrosselung. Als der That verdächtig wurde der Dienstmann Meyer festgenommen.

Hamburg. Gegen zwei Direktoren der Norddeutschen Versicherungs- und Renten-

bank in Hamburg wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die Bank, die ihre Liquidation 1901 beschloß, ist durch Betrügereien eines Aufsichtsrathsmitgliedes insolvent geworden. Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde von den Versicherten erstattet, denen von der seitens der Bank beschlossenen Einführung einer Versicherung auf Gegenseitigkeit nichts bekannt gegeben war. Infolge dieser Gegenseitigkeit werden jetzt von den Versicherten Extraprämien verlangt.

Altona. Wieder ein Uebergriff der Polizei. In fast unglaublicher Weise ist, nach der „Frkf. Ztg.", eine anständige Frau Rappeport von der Altoner Polizei behandelt worden. Die Dame, Tochter eines Kommerzienraths in Würzburg und früher in guten Verhältnissen lebend, ist von ihrem Manne verlassen worden und geschieden; sie lebt allein in beschränkten Umständen. Es wurde gegen sie, wie sich später herausstellte, grundlos Anzeige wegen Betruges erstattet. Sie sollte deshalb zur Vernehmung auf die Polizei gebracht werden. Die mit ihrer Abholung beauftragten zwei Kriminalschutzleute erschienen bei der Dame Morgens, trafen sie noch in Morgenkleidung, ließen ihr aber nicht Zeit, sich für die Straße anzuziehen, sondern zwangen sie, mitzukommen. Wegen ihres angeblichen Sträubens hierbei wurde gegen sie Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben, worüber am Freitag verhandelt wurde, während die erste Anklage wegen Betruges zurückgezogen worden war. In der Verhandlung erzählte die Dame unter Thränen, wie es ihr auf der Polizei ergangen war. Von einem Polizeiarzt oberflächlich untersucht, wurde sie für geschlechtskrank erklärt und in das städtische Krankenhaus verbracht, und zwar in die Abtheilung, in der die erkrankten Prostituirten behandelt werden. Trotzdem sie versicherte, gesund zu sein, wurde sie auch der Kur für kranke Frauen unterworfen. Inzwischen hatte der Anwalt, der einen Prozeß um ihr Vermögen für sie führte, von der Verhaftung Kenntniß erhalten, stellte ihren Aufenthalt fest und erhielt im Krankenhause von dem behandelnden Arzte die Auskunft, daß die Verhaftete völlig gesund sei. Trotzdem wurde ihre Entlassung aus dem Krankenhause von der Polizei verweigert auf Grund der ersten Untersuchung des Polizeiarztes. Der Anwalt that nun Alles, was er vermochte, aber erst nach elf Tagen wurde sie aus dem Krankenhause und gegen eine Kaution von 1000 Mk. auch aus der Haft entlassen. Die Kaution wurde bald zurückgezahlt, nachdem die Beschuldigung, wegen deren die Dame elf Tage unter den öffentlichen Dirnen hatte zubringen müssen, als unbegründet erkannt worden war. In der ferneren Verhandlung ergab sich, daß auch von einem Widerstande gegen die Staatsgewalt gar keine Rede sein könne. Auf Antrag des Amtsanwalts selbst wurde auf kostenlose Freisprechung erkannt. Auch die Kosten der Vertheidigung beantragte der Vertheidiger der Staatskasse aufzuerlegen, weil das jeder Beschreibung spottende Verfahren der Polizei einen Rechtsbeistand nothwendig gemacht habe. Das Gericht erkannte auch diesem Antrage gemäß. Der Anwalt beabsichtigt, im Namen seiner Mandantin die Altonaer Polizei wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung, Beleidigung und Körperverletzung zu verklagen.

Kiel. Ein famoses Gefängniß besteht, wie man dem „Berl. Tagebl." schreibt, in dem benachbarten Schönberg. Das Kieler Bezirkskommando hatte die Polizeibehörde in Schönberg ersucht, eine gegen den Reservisten Kuchenbuch erkannte zweitägige Arreststrafe im Polizeigefängniß verbüßen zu lassen. Kuchenbuch wurde dort eingesteckt. Als er eineinhalb Tage gesessen hatte, kam eine Frau des Personals in das Gewahrsam herein. Sie ließ beim Verlassen aus Unachtsamkeit die Thür der Arrestzelle offen stehen. Kuchenbuch fand die Gelegenheit günstig. Er suchte eiligst das Weite und verschwand. Die Militärbehörde betrachtete den Kuchenbuch während seiner Inhaftirung als eine Person des Militärstandes, der sich somit von seiner Dienststellung entfernt hätte. Er wurde angeklagt, und der Antrag lautete auf sechs Wochen und einen Tag Gefängniß als gesetzliche Mindeststrafe. Das Kriegsgericht faßte den Vorfall erheblich harmloser auf und erkannte auf acht Tage Mittelarrest, da durch das Offenlassen der Gefängnißthür die Flucht ihm doch zu sehr erleichtert worden sei.

Rostock. Zum Streikpostenverbot. Nachdem der Rath und die Bürgerschaft Rostocks in ihren letzten Sitzungen die Streikpostenverordnung nicht, wie von manchen Seiten erwartet wurde, aufgehoben haben, fordert unser Mecklenburger Parteiorgan in einem Artikel direkt zur Uebertretung dieser Verordnung auf. Der Zweck dieser Maßregel ist, durch einen zu provozirenden Prozeß die Ungesetzlichkeit der Verordnung festzustellen.

Oldenburg. Sozialdemokraten in Kommissionen. Der Landtag nahm insofern eine bedeutende Aenderung der bisherigen Geflogenheiten vor, als er bestimmte, daß fernerhin kein Abgeordneter in mehr als einem Ausschuß sein soll. Danach kam von den sozialdemokratischen Abgeordneten in den Finanzausschuß: Hug und Meyer, in den Eisenbahnausschuß: Duden und Schmidt, Verwaltungsausschuß: Schulz und Heitmann. — Hoffentlich wird Oldenburg jetzt nicht dadurch umgestürzt werden!

Letzte Nachrichten.

Breslau. Nach Veruntreuung von 230000 Mark ist der Beamte Heinke vom Schlesischen Bankverein flüchtig geworden.

Posen. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich Sonnabend bei der Station Pudewitz. Ein Rangirwagen stieß mit einer Draisine zusammen. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt; einer von ihen ist bereits gestorben.

Kottbus. Doppelte Hinrichtung. Sonnabend früh um 7 Uhr wurden auf dem Hofe des hiesigen Zentralgefängnisses die wegen Mordes und Raubes verurtheilten Bergleute Anton Krestkowiak (22 Jahre) und Johann Andrzejewski (23 Jahre) durch den Scharfrichter Schwietz aus Breslau hingerichtet. Beide hatten in der Nähe von Klingenthal den Arbeiter Kunisch ermordet und beraubt.

Podsdam. Wegen Gattenmordes wurde der aus Breslau gebürtige Arbeiter Albert Becker zu Kerstenbruch (Neumark) verhaftet; er hat seine Ehefrau im Streit mit einer Kartoffelhacke erschlagen. Der Mörder wurde ins Gerichtsgefängniß zu Wriezen eingeliefert.

Güsten. Im Kampf mit Wilderern. Als in der Nacht zum Freitag in dem nahen Rathmannsdorf zwei Forstbeamte und der Amtsdiener drei Wilderer überraschten und durch Schüsse kampfunfähig machten, wurden sie plötzlich von vier Wilddiebsgenossen überfallen. Einem Förster wurde ein Schienbein zerschossen, dem Amtsdiener ein Oberarm. Sämmtliche Wilderer, von denen drei schwer verwundet worden waren, entkamen.

Lengenfeld i. Vogtl. Verschüttet wurden Freitag Nachmittag drei beim Bau einer Privat-Wasserleitung beschäftigte Arbeiter. Im Laufe der Nacht zum Sonnabend wurden zwei davon als Leichen geborgen, während der dritte bis Sonnabend Morgen noch nicht aufgefunden worden war.

Budapest. Wegen schwerer Unregelmäßigkeiten hat der ungarische Ministerpräsident v. Szell gegen die gesammte Stadtverwaltung von Szabadka (Theresiopel) eine Disziplinaruntersuchung angeordnet. Zahlreiche städtische Beamte wurden bereits von ihrem Amte entfernt.

Reval. Das hiesige Stadttheater ist in der Nacht zum Sonnabend vollständig niedergebrannt; auch die Requisiten und Instrumente sind ein Raub der Flammen geworden. Ein Verlust an Menschenleben ist glücklicherweise nicht zu beklagen.

Stockholm Die That eines Wahnsinnigen. In Falun erschoß der Infanterie-Hauptmann Pihlstroem in der Nacht zum Sonnabend seine beiden 10 und 8 Jahre alten Söhne und verwundete den dritten 6jährigen Sohn lebensgefährlich. Man nimmt an, daß er die That im Wahnsinn verübt hat.

Christiania. Eine neue Nordpolexpedition. Fritjof Nansen theilt mit, daß im nächsten Jahre eine Expedition unter Leitung des Kapitäns Amundsen nach Grönland und König Williamsland abgehen wird, um von dort den magnetischen Nordpol aufzusuchen. Dann will sich die Expedition weiter westlich begeben und durch die Behringstraße zurückkehren. Amundsen wird dort magnetische Beobachtungen anstellen und das Problem der Nordwestdurchfahrt zu lösen suchen. Die Expedition zählt acht Mitglieder.

Port Said. Die Dampfer „Candira" und „Puedesheimer" sind im rothen Meere verbrannt. Ob dabei Menschenleben zu Grunde gegangen sind, wird in der (französischen) Meldung nicht angegeben.

Guatemala. 600 Personen durch Erdbeben umgekommen. Die Vernichtung der schweizerischen Plantage „Helvetia" in Guatemala bei den letzten Ausbrüchen des Vulkans Santa Maria erfährt jetzt leider in vollem Umfange ihre Bestätigung. Man hatte das schreckliche Schicksal der Ansiedelung schon befürchtet, doch kam nun erst die traurige Gewißheit, daß 600 Personen bei der Katastrophe umgekommen sind; die Pflanzungen wurden natürlich völlig verwüstet.

Die Jugendzeitung, welche vom Waarenhaus „Hansa" allmonatlich herausgegeben wird, ist für November erschienen und wird an der Kasse gratis verabfolgt. Dieselbe enthält belehrende Geschichten für unsere Kleinen.

Lübecker Marktpreise vom 8. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen Stck. 3,30 Mk., Enten Stck. 3,00 Mk., Hühner Stck. 1,60 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 60 Pf., Flickgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Statt besonderer Nachricht.

Allen Verwandten und Bekannten die Nachricht, dass unsere Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Urgrossmutter, die Wittwe

Christine Lembke
verwittwete Schwartz

geb. Grube im 89. Lebensjahre heute sanft und ruhig entschlafen ist.

Lübeck, 8. Novbr. 1902.

Theodor Schwartz und Frau
Bernhard Lembke und Frau
Wilhelm Lembke und Frau
Karl Pattosien und Kinder
Johanna Hoffmann Wwe.
geb. Augustin.

Allen Verwandten und Bekannten für die erwiesene Aufmerksamkeit anläßlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir hierdurch unsern herzlichen Dank. **H. Schulz und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen besten Dank.
Wilh. Mühling u. Frau.

Zu vermiethen 1 kleine Wohnung
mit allem Zubehör Preis 140 Mk.
Josephinenstr. 17.

40 Ferkel
zu verkaufen.
Kressinstraße 135.

Guter bürgerlicher Mittagstisch 50 Pfg.
Ludwigstraße 38, 1. Etg.

Reclam's Bibliothek
in Taschenformat.
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller
à Bändchen 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Socialdemokratisches Liederbuch.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's
Reden und Schriften.

Neue Gesammt-Ausgabe.
Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von **Ed. Bernstein.**
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.

Bandausgabe:

Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabereinband) „ 5,—

Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwickelung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesammtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Unserm Freunde
Fritz Mayborg
zu seinem heutigen Wiegenfeste
die besten Glückwünsche!
Mehrere Freunde.
Rath' mal.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Monats-Versammlung
am Mittwoch d. 12. Nov.
Abends 8½ Uhr
in der **Bankhütte.**
Tagesordnung: 1. Mittheilungen. 2. Herr **Kersten:** „Verstandesbildung beim Kinde v. d. schulpflichtigen Alter." 3. Verschiedenes.

Um zu räumen!
Für ausw. Rechnung:
Franz. Eierkartoffeln
billigst billigst.
Proben
E. S. Eiers Nchfl.
40 Wahmstr. 40.

Holzarbeiter-Verband
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 11. November
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **W. Möller** über Naturheilkunde.
2. Bericht von der letzten Delegirten-Versammlung.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Hustet ein Kind
so verwende man sofort meine seit Jahren wohlerprobten
Kräuter-Honigbonbons
Pck. 25 Pfg. **Ferd. Kayser.**

Achtung!
Deutscher
Schneider-Verband
(Zahlstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 11. November
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Ortsverwaltung.
2. Stellungnahme zum Lohntarif.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Circus Variété Reuterkrug.
Größtes, ältestes und vornehmstes Variété am Platze.
Der großartige IV. neue
Elite-Spielplan.
10 wirkliche Attraktionen
dazu die weltberühmte
Frank Bonhair-Truppe
auf allgemeinen Wunsch prolongirt.
Anfang 8 Uhr Kassenöffnung 7 Uhr.

Stadt-Theater.
Dienstag den 11. November 1902 7 Uhr.
45. Vorst. 40. Ab. Vorst. 7. Dienstags-Ab.
Die Jüdin.
Oper in 5 Akten von Halévy.
Mittwoch: Erste Schüler Vorstellung bei ermäßigten Schüler Preisen
Die Braut von Messina.
Donnerstag: **Sodoms Ende.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 264. Dienstag, den 11. November 1902. 9. Jahrg.

Arbeiterwohlfahrt als Arbeiterausbeutung.

Wiederholt ist seitens unserer Genossen im Reichstage wie in der Presse auf jene perfide Art der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter hingewiesen worden, durch die sie nur noch mehr zu Gunsten der Unternehmer ausgeplündert werden. An der einen Stelle sind es scheinbar billige Wohnungen oder gar eigene Häuser, durch die der Arbeiter an die Arbeitsstelle gefesselt wird und die er durch die Unmöglichkeit, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen, theuer bezahlen muß. An anderer Stelle sind es Prämien, mit denen sich die Unternehmer gefügige Arbeiter erziehen wollen, die geduldig trotz schlechter Arbeitsbedingungen ausharren, um nur ja nicht das Anrecht auf eine Prämie zu verlieren, die ihnen nur zum kleinsten Theil den Verlust ersetzt, der ihnen durch die ungenügenden Löhne bereitet wird.

Bei Krupp ist ein anderes System im Schwunge, das auch in den Bergwerken allgemein üblich ist. Dort existiren Pensionskassen, die aus Beiträgen der Arbeiter erhalten werden. Da die Betriebsleitung zu diesen Kassen einen Zuschuß giebt, für den sie von einsichtslosen Sozialpolitikern himmelhoch gelobt wird, sieht es aus, als ob diese Wohlfahrtseinrichtung wirklich eine segensreiche für die Arbeiter sei, und gewiß wäre es auf das Innigste zu wünschen, daß dem arbeitsunfähigen Arbeiter eine Pension zu Theil wird. natürlich eine ausreichende, nicht eine so kümmerliche, ungenügende, wie sie durch die Invaliden- oder Altersrente gewährt wird. Aber diese Pensionskassen der Unternehmer sind nicht Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten der Arbeiter, sondern der Unternehmer. Sie sind nur dazu da, um den Arbeiter zu fesseln wie einen Sklaven, der, ohne sich zu ruiniren, gar nicht sich rühren kann.

Alle diese Pensionskassen enthalten nämlich die Bestimmung, daß jeder Anspruch auf Pension erlischt, sobald der Arbeiter nicht mehr in dem Betriebe thätig ist, und zwar nicht allein, wenn er freiwillig seine Stelle aufgiebt, sondern auch, wenn er wider seinen Willen und ohne jedes Verschulden seinerseits vom Unternehmer entlassen wird.

Man sieht, welche Nichtswürdigkeit durch diese Einrichtung geschaffen wird. Woche für Woche werden dem Arbeiter Beiträge zu einer solchen Pensionskasse abgezogen; ob er will oder nicht — es gehört zu den Arbeitsbedingungen, die in der Arbeitsordnung festgelegt und durch die Behörden als gesetzlich giltig anerkannt sind, daß der Arbeiter sich den Abzug der Beiträge zur Pensions-Kasse gefallen lassen muß.

Und alle diese so sauer verdienten Arbeitergroschen gehen für ihn verloren, wenn er zur Zeit einer Absatzstockung entlassen wird!

Nun gehören aber diese Entlassungen zu den ständigen Einrichtungen der modernen Produktion. Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit sind ja die steten Begleiterscheinungen der heutigen anarchistischen Produktionsweise. Daran werden auch die Kartelle nichts ändern, wie deren Lobredner dem Volke vorreden wollen, denn die Kartelle werden zwar die Produktion zu reguliren sich bemühen, aber nicht unter Berücksichtigung des Wohles der Arbeiter, sondern nur des der Kapitalisten, d. h. die Kartelle werden ebenfalls Arbeiter-Entlassungen vornehmen, sobald ihnen dies zu Preistreibereien nützlich ist.

Alle solche Pensionskassen sind also geradezu gemeingefährliche Einrichtungen für die Arbeiter, da diesen bei ihrer Entlassung all die eingezahlten Beiträge verloren gehen, die sie mit schwerer Arbeit verdient haben. Ob der Arbeiter einige Wochen oder Monate oder ob er sehr viele Jahre, ja fast bis an die Grenze seiner Arbeitsfähigkeit thätig war, den Profit des Unternehmers, der ihn ausnutzt, zu erhöhen sobald eine Einschränkung der Zahl der Beschäftigten im Interesse des Unternehmens liegt, werden die Arbeiter auf die Straße gesetzt und verlieren ihre Beiträge. Ja, man schämt sich nicht, gerade diejenigen Arbeiter zu allererst „abzuschieben", die nahe an das Alter der Pensionsberechtigung herangerückt sind!

Gerade jetzt wird solche „Arbeiterwohlfahrt" wieder rücksichtslos ausgeübt. Wie aus Oberschlesien berichtet wird, ist der Mangel an Beschäftigung in der dortigen Industrie außerordentlich groß geworden. Und wenn schon bisher die Gruben- und Hüttenverwaltungen sich der ihnen unbequemen überflüssigen oder zu alt gewordenen Arbeiter zu entledigen beeiferten, so ist dies jetzt noch weit schlimmer geworden. Bisher war es, so schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz", stehende Regel, daß Bergleute, die das 40. Lebensjahr überschritten hatten und von ihrer Arbeitsstelle entlassen waren, von einer anderen Verwaltung nicht mehr angenommen wurden. Diese „stehende Regel", die also den an einer Stelle entlassenen, mehr als 40jährigen Arbeiter ganz erwerbslos, also brodlos macht, ist schon eine milde Maßregel geworden. Die Grubenverwaltungen haben sich jetzt zu einer noch größeren Arbeiterwohlfahrtsmaßregel aufgeschwungen. Wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" meldet, werden jetzt vielfach entlassene Bergleute unter 40 Jahren nicht mehr eingestellt. Insbesondere Unfallinvaliden, die das Unglück gehabt haben, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, werden arbeitslos und verfallen, da sie andere Arbeit auch nicht erhalten, mit ihren meist zahlreichen Familien dem Elend!

Die Zahl der so entlassenen und arbeitslos gewordenen Bergleute ist bereits groß!

Aber damit noch nicht genug, daß man ihnen die Arbeit und damit die Existenzmöglichkeit raubt, man bringt sie auch noch um ihre eingezahlten Beiträge zu den Pensionskassen!

Sowohl die Knappschaftskassen bei den Bergwerken, wie die Pensionskassen bei den Hüttenwerken machen einfach einen Strich durch das Konto des entlassenen Arbeiters — und wenn er auch 20 und mehr Jahre thätig war — Alles ist für ihn verloren!

Dabei sind die Beiträge gar nicht gering, sie steigen bis 4,50 Mk. monatlich, so daß ein Arbeiter, der auch nur 15 Jahre Beiträge zahlte, an Kapital und Zinsen gegen 1200 Mark und mehr verliert — für einen Proletarier ein außerordentlich hohes Kapital!

Mit Recht schreibt daher die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz", daß diese Pensionskassen „nicht die Bedeutung haben, die man ihnen zuspricht." Anstatt „man" müßte es allerdings heißen: die Unternehmer und ihre besoldeten Schreiber!

Die Arbeiter haben stets diese Wohlfahrt richtig einzuschätzen gewußt. „Diese Pensionskassen", schreibt die „Arb.-Korresp." weiter, „sind im Gegentheil heute bis zu einem gewissen Grade sogar Unterstützungskassen der Arbeitgeber, die sich bei Unfällen der Arbeiter aus ihnen, in die die Arbeiter ihre Beiträge gezahlt haben, die von ihnen zu zahlenden Unfallrenten zum Theil ersetzen lassen, so daß also der oberschlesische Berg- und Hüttenmann zu einem ganz bedeutenden Theile seine Unfallrenten selbst bezahlen muß."

Das sind skandalöse Zustände und es ist die höchste Zeit, daß die Gesetzgebung hier zu einem Einschreiten veranlaßt wird. Auf Grund der bestehenden Gesetze geht dies leider nicht. Es müßte in die Gewerbeordnung eine entsprechende Bestimmung aufgenommen werden etwa folgender Art:

„Nur für den Fall, daß das Arbeitsverhältniß durch den Unternehmer aus einem im Gesetze ausdrücklich vorgesehenen, im Verschulden des Arbeiters liegenden Entlassungsgrund (grobe Verstöße gegen die Arbeitsordnung, Untreue usw.) gelöst wird, geht der Anspruch des Arbeiters auf die zur Pensions- oder Unterstützungskasse eingezahlten Beiträge verloren. Die Beseitigung dieses Anspruches durch Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter ist unzulässig. Daraus folgt auch, daß der Arbeiter, der freiwillig seine Arbeit niederlegt oder wegen Unfähigkeit zur Arbeitsleistung (Alter, Krankheit) entlassen wird, den Anspruch an die Kasse behält."

Der Reichstag wird wohl von unserer Seite veranlaßt werden, sich mit dieser Angelegenheit, die bei der Etatsberathung jedes Jahr schon erörtert wurde, in einer speziellen Verhandlung zu befassen.

(„Volkswille.")

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Schuhfabrik von Leopold Hirsch in Pirmasens sind sämmtliche Zwicker wegen Lohndifferenzen gekündigt worden. Es wird ersucht, keine Arbeit bei dieser Firma anzunehmen. — Die Aussperrung der Zuckerfabrik-Arbeiter in Landskrona, die sich auf 300 Arbeiter erstreckte, ist jetzt nach einer Dauer von 7 Wochen beendet worden. Den Arbeitern wurde eine kleine Lohnerhöhung zugestanden. — Die Korbmacher in Montreux stehen seit drei Wochen im Streik, um Lohnherabsetzungen abzuwehren.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Weimar wurden die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten der Arbeiter-Beisitzer glatt gewählt.

Statistische Erhebungen wird das Leipziger Gewerkschaftskartell in der nächsten Zeit veranstalten. Zunächst soll mittels einer Anzahl Fragen, die an die Vertreter der Gewerkschaften gerichtet werden, festgestellt werden, welchen Einfluß der wirthschaftliche Niedergang auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen ausgeübt hat. Außer dieser einmaligen Erhebung ist in der letzten Kartellversammlung beschlossen worden, die bereits im Vorjahre eingeführte monatliche Arbeitslosenstatistik wieder aufzunehmen. Während noch vor zwei Jahren die letztere Statistik einmüthig abgelehnt wurde und im Vorjahre nur 33 Gewerkschaften für die Aufnahme stimmten, ist diesmal der Vorschlag ohne weitere Diskussion und nur gegen die Stimmen von drei Delegierten angenommen worden. — Das Gewerkschaftskartell in Offenbach a. M. wird im Dezember und im Februar Arbeitslosenzählungen vornehmen.

Der belgische Gewerkschaftskongreß findet am 14. und 15. Dezember in Brüssel statt. Auf die Tagesordnung gelangen folgende Punkte: Das Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter; Beseitigung des Art. 310 des Strafgesetzbuchs (Verstoß gegen die Freiheit der Arbeit); Verkürzung der Arbeitszeit (Agitation zu Gunsten der Verkürzung); die Lage der belgischen Gewerkschaften; die Gewerkschaftskommission (ihre Aufgabe und Beiträge für dieselbe); Organisation der ungelernten Arbeiter.

In der Petitionskommission des Reichstages gab Mittwoch eine Petition des Arbeiters Mayer in Eyb (Bayern) um Erhöhung seiner Unfallrente zu längeren Diskussionen Anlaß. Mayer hat im Jahre 1889 durch einen Unfall an der Dreschmaschine beide Arme verloren. Auf Grund des früheren Gesetzes hat ihm die Unfallberufsgenossenschaft für Forst- und Landwirthschaft eine Rente von 66⅔ Prozent zugebilligt. Nachdem die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz Gesetz geworden war, wollte er an den Wohlthaten des neuen Gesetzes theilnehmen und beantragte eine Erhöhung auf 100 Prozent. Von der Berufsgenossenschaft für Land- und Forstwirthschaft wurde sein Anspruch aber nicht anerkannt, während ihm das Unfallschiedsgericht die erhöhte Rente zubilligte. Auf die von der Berufsgenossenschaft eingelegte Revision erkannte das bayerische Landesversicherungsamt aber, daß dem Mayer nur die alte Rente von 66⅔ Prozent zustehe. Aus der Mitte der Kommission wurde der Regierung nahegelegt, dem armen Krüppel die volle Rente zu gewähren. Der Regierungskommissar lehnte dies aber ab, da dem Verlangen gesetzliche Bestimmungen entgegenständen. Die Petition wurde schließlich für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet.

In den Minen.

Roman von K. Orth.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In Mauds Verhalten gegen ihren Vater war seit dem Tage, da sie seine vertrauliche Unterhaltung mit Andrew belauscht hatte, kaum eine merkliche Veränderung eingetreten. Daß Maud stiller und ernster war als früher, konnte ihrem Vater, wenn er es überhaupt bemerkte, nicht sonderlich auffallen, denn diese Veränderung in ihrem Wesen hatte sich ja schon an jenem Vormittag vollzogen, wo sie Morgens den seltsamen Absagebrief erhalten, und ihre Umgebung hatte also hinlänglich Zeit gehabt, sich daran zu gewöhnen. Auch konnte dabei von einer eigentlichen Melancholie durchaus nicht die Rede sein. Gegen die Gäste, die nach wie vor in dem prächtigen Palast an der fünften Avenue empfangen wurden, zeigte sich Maud vielmehr ganz so, wie man sie seit ihrer Einführung in die Gesellschaft gekannt hatte; ihre Neigungen wie ihre Interessen waren scheinbar die alten geblieben, und den einzigen auffälligen Umstand, der allerdings viel bemerkt und besprochen wurde, bildete die Thatsache, daß sie alle Theilnahme für die sonst so leidenschaftlich geliebte Musik verloren hatte, und sich weder durch Neckereien noch durch Bitten bewegen ließ, zu spielen oder zu singen, wie sie es früher so bereitwillig gethan.

Der junge Andrew, ein lang aufgeschossener, stattlicher Mensch von sechsundzwanzig Jahren, der sich streng nach der neuesten englischen Mode kleidete und es für ein Verbrechen gehalten hätte, anders als auf echt pariserische Art zu gehen, zu stehen oder zu grüßen, war infolge jener Unterredung zwischen den beiden Vätern in der That etwas sparsamer mit seinen Besuchen geworden.

Und mit einer Geschicklichkeit, die seinem diplomatischen Talent alle Ehre machte, hatte Mr. Ferguson ebenso unauffällig als unermüdlich an der Verwirklichung seines Lieblingswunsches gearbeitet. Ohne seiner Tochter die Vorzüge des jungen Mannes überschwenglich zu preisen, hatte er in zahllosen, scheinbar gleichgültig und absichtslos hingeworfenen Bemerkungen, die durch den Verlauf des jeweiligen Gespräches vollkommen motivirt erschienen, alles erdenkliche Gute und Rühmliche von ihm zu berichten gewußt. Und es war unverkennbar, daß Maud von ihrem anfänglichen Vorurtheil gegen den jungen Andrew mehr und mehr zurückkam.

Bei dieser fast über Erwarten günstigen Entwickelung der Dinge hatte Ferguson natürlich nicht die geringste Veranlassung, sich um das sonstige Thun und Treiben seiner Tochter angelegentlicher zu kümmern, als es früher der Fall gewesen war. Maud war unumschränkte Herrin über ihre Zeit wie über ihre Handlungen, und niemand kümmerte sich darum, wo sie ihre Stunden zubrachte, wenn sie zu Wagen oder zu Fuß das väterliche Haus verließ.

Vielleicht war es nur die Gewißheit dieser schrankenlosen Freiheit, die das junge Mädchen in den Stand setzte, ihrem Vater wie ihrer Umgebung die täuschende Komödie vorzuspielen, die sie nun schon seit mehreren Wochen durchführte. Denn ihre Gelassenheit und scheinbare Seelenruhe im Verkehr mit dem Manne, den sie jetzt nur noch als den Zerstörer ihres Glückes anzusehen vermochte, war nichts als eine mühsam festgehaltene Maske, und es würde für Ferguson eine gewaltige Enttäuschung bedeutet haben, wenn er hätte in die leidenschaftlich bewegte Seele des jungen Mädchens blicken können, das ihm so ruhig gegenübersaß und gleichmüthig Antwort gab auf seine Fragen.

Fast die Hälfte ihrer Tage brachte sie seit jenem ersten Besuch bei Frau O'Connor zu, und zwischen den beiden Frauen hatte sich rasch ein inniges Verhältniß herausgebildet. Den einzigen Gegenstand ihrer täglichen Unterhaltungen bildete natürlich Morgan. Schon gab es kaum noch einen Tag in seinem bisherigen Leben, über den Maud nicht aus dem Munde seiner Mutter ausführlichen Bericht erhalten hätte, und in immer hellerem und strahlenderem Lichte erblickte sie das Bild des geliebten Mannes.

Nur über Morgans gegenwärtigen Aufenthalt und über die Mission, die ihn zwang, diesen Aufenthalt zu verheimlichen, sprachen sie nie. Nicht ein einziges Mal nach jenem ersten Besuche hatte Maud es unternommen, in das Geheimniß der Greisin einzudringen, und wenn ihre Unterhaltung, wie es ja naturgemäß immer wieder geschehen mußte, sie ohne ihr Zuthun bis zu diesem Punkte führte, verstummten sie plötzlich beide, um erst nach langer Pause zögernd und beklommen von etwas anderem zu beginnen.

Aber Fergusons Tochter hätte nicht ein Weib und nicht ein leidenschaftlich liebendes Weib sein müssen, wenn sie nicht wenigstens einen Theil der Wahrheit errathen hätte. Sie war überzeugt, daß Morgan sich unter falschem Namen in Pennsylvanien aufhalte, um den Mördern seines unglücklichen Bruders nachzuspüren, und aus der eigenthümlichen Art, in der Frau O'Connor einmal des Namens Pinkerton Erwähnung gethan, hatte sie geschlossen, daß der berühmte Kriminalist in irgend welcher Beziehung zu Morgans Unternehmen stehen müsse. Doch hütete sie sich wohl, solche Wahrnehmungen und Vermuthungen laut werden zu lassen, denn sie wußte ja, daß Frau O'Connor sich dadurch in ihrem Gewissen beunruhigt fühlen würde, als hätte sie das ihr anvertraute Geheimniß nicht sorglich genug gewahrt, und es gab die triftigsten Gründe, jede neue heftige Gemüthsbewegung von der alten Dame fernzuhalten.

Mit Bangen und Betrübniß mußte Maud Ferguson nämlich wahrnehmen, daß der Gesundheitszustand der Frau, die ihr während der kurzen Dauer ihrer Bekanntschaft so theuer geworden war, sich fast von Tag zu Tag verschlechterte. Zwar klagte Frau O'Connor niemals, und wenn Maud besorgt nach ihrem Befinden fragte, suchte sie sie mit der Versicherung zu beruhigen, daß sie sich vollkommen wohl fühle. Aber ihr Aussehen strafte solche Worte Lügen, und bei aller Selbstbeherrschung vermochte sie doch

„Wir wollen keinen Wörishoffer mehr“. Diesen Ausspruch legt der „Badische Landesbote“ dem Minister Schenkel in den Mund. Der Ausspruch klingt sehr wahrscheinlich. Umsonst hat man sich wohl nicht einen Herrn aus Preußen geholt, von dem bekannt wurde, daß seine Thätigkeitsberichte zu den dürftigsten gehörten. Dieser Herr Dr. Bittmann beginnt bereits sein Zerstörungswerk an der mühsamen Lebensarbeit Wörishoffers, die darin bestand, die Fabrikinspektion zu einer das Vertrauen der Arbeiter verdienenden Einrichtung zu machen. Wie unserem Karlsruher Parteiblatte mitgetheilt wird, dürfen die badischen Fabrikinspektionen keine privaten Besuche mehr empfangen. Aber damit nicht genug. Will man einen amtlichen Besuch bei einem der Herren Fabrikinspektoren machen, so muß man sich erst vor den Chef, den Herrn Dr. Bittmann, führen lassen und dessen Erlaubniß einholen. Damit wird eine der wichtigsten Errungenschaften Wörishoffers, der ungezwungene, Vertrauen erweckende Verkehr zwischen den Beamten der Fabrikinspektoren und den Arbeitern, zerstört, und zwar gründlich zerstört. Dr. Wörishoffer hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, das Vertrauen der Arbeiter für die ihm unterstellte Institution zu gewinnen, und es ist ihm auch gelungen. In den letzten Jahren hat man zur Förderung dieses Zweckes den Fabrikinspektoren sogar die Erlaubniß ertheilt, in Sprechstunden und in den Versammlungen der verschiedenen Gewerkschaften Vorträge über die soziale Gesetzgebung zu halten. Diese Vorträge waren für beide Theile von großem Nutzen. Auch damit hat der neue Leiter der Fabrikinspektion aufgeräumt. Die Abhaltung von Vorträgen ist den Fabrikinspektoren „einstweilen“ verboten worden; es wird aller Voraussicht nach dabei bleiben. Sozialpolitik ist nur gut als Dekoration; der Bureaukratismus, der im Dienste des Kapitalismus steht, kann keine ernsthafte Sozialpolitik machen.

„Gehen Sie zu Peus hin und lassen Sie sich von dem Arbeit geben! Sie laufen ja sonst immer zu ihm.“ Diese Worte sprach der Herr Oberbürgermeister Dr. Ebeling in Dessau (Anhalt) zu einer Anzahl Arbeitsloser, die ihn um Arbeit baten. Von Unternehmern hat man schon wiederholt derartige Aeußerungen gehört, Herr Oberbürgermeister Dr. Ebeling aber dürfte der erste Leiter einer Stadt sein, der in solcher Weise seiner Abneigung gegen die Arbeiter und die Sozialdemokratie Ausdruck giebt. Das „Anhaltische Volksblatt“ nimmt an, daß die Landtagswahl, bei der Herr Dr. Ebeling als Kandidat einem Sozialdemokraten gegenübersteht, den Herrn Oberbürgermeister nervös gemacht hat.

Mit den Verhältnissen der Parteipresse in Nordbayern befaßte sich eine Wahlkreiskonferenz in Bayreuth. Es wurde der Beschluß gefaßt, ab 1. Januar 1903 die gemeinsame Herausgabe eines Parteiorgans für Ober- und Unterfranken in die Wege zu leiten. Die Preßkommission wurde mit den nöthigen Vorarbeiten betraut. Es bestehen bisher zwei Blätter: die „Würzburger Fränkische Tagespost“ und die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof, die beide in der Nürnberger Parteidruckerei hergestellt werden. Das letztere Blatt, an dem die sämmtlichen oberfränkischen Wahlkreise, mit Ausnahme von Bamberg, stark betheiligt sind, hat einen guten Abonnentenstand, während das Würzburger Blatt, das für die unterfränkischen Wahlkreise und Bamberg bestimmt ist, nicht zum besten steht. Die Würzburger Parteigenossen wollten schon zum 1. Oktober ein Blatt im eigenen Verlage herausgeben, doch der bereits gewonnene Drucker trat zurück und das Blatt wird noch bis zum 1. Januar in Nürnberg hergestellt. Um geordnete Verhältnisse zu schaffen, war schon seit langer Zeit dahin gestrebt worden, die beiden Blätter zu einem einzigen Organ zu verschmelzen, dagegen verhielten sich die Hofer Genossen jedoch ablehnend. Dieser Widerstand wird nun in den übrigen oberfränkischen Wahlkreisen scharf verurtheilt, da, wenn keine Einigung zu stande kommt, Unterfranken vom 1. Januar ab keine Parteipresse mehr hat. Aus diesen Erwägungen heraus kam der oben mitgetheilte Bayreuther Beschluß zu stande. Im Wahlkreise Lichtenfels-Kronach wurde neulich in einer Versammlung ebenfalls beschlossen, wenn die Hofer Genossen ihren Widerstand nicht aufgeben, an Stelle der „Oberfränkischen Volkszeitung“ die „Würzburger Fränkische Tagespost“ als Parteiorgan zu nehmen, damit dieselbe sich halten könne.

Die Gemeindewahlen in England, die dieser Tage stattfanden, haben eine nicht unerhebliche Verschiebung nach links ergeben. Die Liberalen gewannen 83 Sitze, die Trade-Unionisten 24, die Sozialisten 5. Unsere Genossen siegten in Birnley, Birmingham, Northampton und Southampton. In West-Ham hatten sie drei Kandidaten, von denen zwei wiedergewählt wurden, während der dritte gegen eine geringe Mehrheit geschlagen wurde.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Hirschberg i. Schl. gegen den Holzbildhauer Richard Lorenz aus Landshut unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Lorenz ist schon vielfach wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt mit längeren Gefängnißstrafen vorbestraft. In einer Destillation, in der sich ein Bild des Kaiserpaares befindet, machte Lorenz eine stark beleidigende Aeußerung. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte in Rücksicht auf die starke Angetrunkenheit, in der sich Lorenz damals befand, auf 4 Monate Gefängniß.

Zum Fall Baltrusch in Gumbinnen erhält die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ jetzt die nachstehende, angeblich authentische Darstellung der Vorgänge an jenem 8. August: Baltrusch kam an jenem Abend stark betrunken nach der Kaserne. Er suchte aber nicht seine Stube auf, sondern ging auf eine benachbarte Mannschaftsstube und warf sich dort auf ein Bett, in dem bereits ein anderer Kanonier lag. Dieser sträubte sich gegen den Eindringling, worauf Baltrusch den im Bette Liegenden zu würgen begann. Auf das Hilfegeschrei des letzteren kamen andere Kanoniere hinzu, rissen B. vom Bette zurück, schlugen, als auch sie angegriffen wurden, mit Peitschen auf ihn ein und drängten ihn auf den Korridor hinaus. Etwa vier bis fünf Schritte vor jener Stubenthür ist ein Fenster, durch das nun offenbar Baltrusch im Laufe der Nacht auf den Hof hinuntergestürzt ist. Ueber diesen Vorgang wurde in öffentlicher Sitzung des Kriegsgerichts der 2. Division in Insterburg verhandelt und die wegen Mißhandlung eines Kameraden angeklagten Kanoniere mit der Begründung freigesprochen, daß sie sich in der Nothwehr befunden hätten. — Eine amtliche Erklärung über den ganzen Vorfall ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Inzwischen ist in Verfolg der Veröffentlichung der „Ostd. Volksztg.“ eine neuerliche Untersuchung eingeleitet worden. Am Dienstag Nachmittag fanden im Sitzungssaale des Kriegsgerichts der 2. Division durch Kriegsgerichtsrath Lüdicke Vernehmungen statt, welche erst um 7½ Uhr Abends beendet waren. Zunächst wurde der Redakteur der „Ostdeutschen Volkszeitung“, Herr Kattentiedt, und hierauf die Ehefrau des verunglückten Baltrusch vernommen, welche den zum Abdruck gebrachten Brief an die Redaktion der genannten Zeitung gerichtet haben soll.

Analphabeten im Heere. Nach der soeben bekannt gegebenen amtlichen Uebersicht über die bei dem Landheere und bei der Marine in dem Ersatzjahre 1901 eingestellten Mannschaften des preußischen Kontingents wurden im Landheere im ganzen 110 Rekruten ohne jegliche Schulbildung ermittelt. Da 150 961 Mann zur Einstellung gelangten, so betrug die Zahl der Analphabeten, in Prozenten ausgedrückt, 0,07. Bei der Marine war von 7667 Mann nur ein Analphabet vorhanden. Den größten Theil der Analphabeten stellte Westpreußen mit 27; es folgen Ostpreußen mit 21, Posen mit 18 und Schlesien mit 14. Die übrigen vertheilen sich mit 2, 3, 4 und 5 auf die anderen Provinzen. Hohenzollern hatte keinen Analphabeten. Unter allen Rekruten befanden sich 92, die nicht deutsch verstanden. Davon kamen 48 aus der Provinz Posen, 23 aus Westpreußen, 8 aus Ostpreußen, 6 aus Schlesien, 3 aus der Rheinprovinz und je 2 aus Brandenburg und Westfalen. Im Ersatzjahre 1881/82 betrug die Zahl der Analphabeten des preußischen Rekrutenkontingents noch 3,71 Proz. gegen 0.07 Proz. im Jahre 1991. — Ostelbien ist und bleibt nach wie vor der Theil des preußischen Staaates, der sich durch den niedrigsten Bildungsstand auszeichnet. Die Gründe für diese traurige Thatsache sind bekannt. Junkerthum und Orthodoxie sind die schlimmsten Feinde der Volksbildung.

Schutz gegen Schutzleute. Die Kölner Strafkammer verurtheilte nach längerer Verhandlung einen Schutzmann wegen Mißhandlung in Ausübung seines Amtes zu zwei Monaten Gefängniß. Der Wächter der Ordnung hatte mit dem Säbel auf zwei in Streit gerathene junge Leute eingeschlagen und einen davon, als er zu Boden fiel, durch unaufhaltsames Draufschlagen mit der blanken Waffe schwer verletzt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängniß beantragt.

Ein Prozeß von prinzipieller Bedeutung, der alle Instanzen beschäftigen dürfte, da der Werth des Streitgegenstandes die Berufung ans Reichsgericht zuläßt, schwebt z. Zt. beim Landgericht in Frankfurt a. M. Die „Frkf. Ztg.“ berichtet über den Fall Folgendes: Ein hiesiger Redakteur ließ sich mit der Fernsprechstelle in Karlsruhe verbinden. Während des geführten Gesprächs erhielt er einen starken elektrischen Schlag und sank bewußtlos zu Boden. Das Blut drang ihm aus Mund und Nase. Nach einiger Zeit erholte er sich wieder, er leidet jedoch immer noch an einer starken Lähmung der rechten Körperhälfte. Auf dem Prozeßwege verlangt er eine lebenslängliche Rente von 1800 Mark, da nach den ärztlichen Gutachten eine Wiederherstellung ausgeschlossen erscheint. Die Reichspost lehnt die Haftpflicht für diesen Unfall ab, indem sie ihn als eine unglückselige Folge höherer Gewalt hinstellt und behauptet, daß sie alle Vorkehrungen getroffen habe, um Gefahren für die Menschen beim Gebrauch des Telephons nach Möglichkeit auszuschließen. Das Urtheil in diesem Prozeß, der für alle mit dem Telephon umgehenden Personen von Interesse ist, wurde noch nicht gesprochen.

Die Hungersnoth, die im vorigen Jahre Rußland heimsuchte, wird ihrem ganzen Umfange nach durch Mittheilungen bekannt, die der amtliche „Regierungsbote“ bringt. Der Minister des Innern hat an den Zaren einen Bericht erstattet und nennt darin die Hungersnoth eine „nationale Kalamität“, von der 17 Gouvernements mit einer Bevölkerung von 24 Millionen betroffen worden seien. Das Rettungswerk stand unter der besonderen Leitung eines Komitees, dessen Vorsitzender der assistirende Minister des Innern, Shikhinsky, war und dem hervorragende Mitglieder des Finanzministeriums, des Ministeriums für den Verkehr und des Ackerbaues angehörten. Die lokale Arbeit war den Adelsmarschällen übertragen, die mit außerordentlich weitgehenden Befugnissen versehen waren. Etwa 30 Millionen Pud Getreide wurden vertheilt, von denen 13 Millionen als Nahrungsmittel und der Rest zur Aussaat verwandt wurde. Die hierfür und für den anderen Zweck aufgewandte Summe belief sich auf 33 500 000 Rubel. Es wurde auch versucht, die arbeitslose Landbevölkerung anderweitig zu beschäftigen. Etwa 50 000 Leute wurden beim Wegebau verwandt und 11 000 wurden beim Eisenbahnbau im Norden beschäftigt. Hungerskorbut trat im Gouvernement Ufa auf, wo 24 000 Leute davon ergriffen wurden, und vereinzelt auch in der Provinz Saratow. Am Schluß seines Berichts theilt der Minister mit, daß in Zukunft andauernde Maßnahmen vorgesehen seien für die von der Hungersnoth Betroffenen und daß Getreidevorräthe an allen Plätzen vorhanden seien, von denen aus es leicht sei, die Hungernden damit zu versorgen. — Wie viele von den Hungernden, die bei den letzten „Aufständen“ sich nur einmal satt essen wollten, schmachten jetzt in Sibirien?

Bourgeois, Nigger und Proletarier. Das „Laffan-Bureau“ meldet aus New-Orleans: Dieser Tage ist in der Stadt New-Orleans ein Gesetz in Kraft getreten, wonach in den Straßenbahnwagen Schranken aus Draht zu errichten sind, um die Neger von den weißen Fahrgästen zu trennen. Für die frühen Morgenstunden, um welche Zeit die Straßenbahn fast ausschließlich von Arbeitern benutzt wird, besteht diese Vorschrift nicht; für den Verkehr am Tage muß sie jedoch streng innegehalten werden. — In einem Lande, wo das Verbrennen lebender schwarzer Verbrecher zu einem ebenso beliebten Festsport geworden ist, wie etwa die Stiergefechte in Spanien und Südfrankreich, hat die Einrichtung besonderer Neger-Abtheile in Straßenbahnwagen nichts besonders Auffallendes. Auch daß man die weißen Proletarier den verachteten Negern gleichwerthig erachtet, entspricht nur der kapitalistischen Korruption des Landes der Freiheit und Brüderlichkeit.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. November.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1420 Stück. Preis: Sengschweine —Mk., Versandschweine, schwere 61—62 Mk., leichte 60—61 Mark, Sauen 52—58 Mk. und Ferkel 55—59 Mk. pro 100 Pfund.

---

den augenfällig zunehmenden Verfall ihrer Kräfte nicht zu verbergen.

Bei ihrem heutigen Besuche nun hatte Frau O'Connor, die sich schlechter zu befinden schien als sonst, zum ersten Male Maud die Erlaubniß gegeben, ihr einen Arzt schicken zu dürfen. Sie war sogleich zu dem alten Doktor Emerson gefahren, den sie schon seit ihrer frühesten Kindheit kannte, und er hatte sich bereit erklärt, noch an diesem Abend nach der Patientin zu sehen. Von Unruhe gequält und in banger Erwartung, die Meinung des berühmten Arztes zu vernehmen, hätte sich Maud am liebsten noch einmal zu ihm oder zu Frau O'Connor begeben, aber Ferguson hatte gerade heute wieder eine größere Gesellschaft eingeladen, und die Tochter des Hauses hätte sich unter solchen Umständen nicht entfernen können, ohne das unliebsamste Aufsehen zu erregen.

Der Gedanke an Morgans Mutter aber verließ sie nicht einen Augenblick, während sie sich unter den Gästen ihres Vaters bewegte. Sie hörte nur mit halbem Ohr auf das, was man zu ihr sprach, und die Sorge um das theure Leben gab ihrem schönen Gesicht einen Ausdruck von Weichheit, der den meisten Anwesenden bisher völlig fremd an ihr gewesen war.

Auch James Andrew, der sich mit seinem Vater unter den Eingeladenen befand, hatte diese eigenthümliche Veränderung wahrgenommen, und da er nun einmal gewöhnt war, alles, was sich in seiner Umgebung abspielte, in eine ursächliche Beziehung zu seiner eigenen werthen Person zu bringen, so zweifelte er nicht, daß seine Anwesenheit die eigentliche Veranlassung zu Mauds träumerischer Weichheit sei. Er sahen das natürlich für ein überaus günstiges Zeichen, und große Entschlüsse reiften in seiner Seele.

Während des ganzen Abends hielt er sich so viel als möglich in ihrer Nähe, und der Umstand, daß sie ihm weder widersprach, noch eine ihrer gewohnten spöttischen Aeußerungen that, auch wenn er sich in seinem Eifer, ihr zu imponiren, zu den kühnsten und gewagtesten Behauptungen verstieg, machte ihn seiner Sache vollends gewiß. Am liebsten würde er in seiner Siegessicherheit den ersten besten günstigen Augenblick benutzt haben, um ihr den Zustand seines Herzens zu offenbaren und ihr das beglückende Geständniß ihrer Gegenliebe gleichsam im Sturm zu entreißen. Aber als ein Mann, der die Gewohnheiten vornehmer Kreise aus eigener Anschauung kennen gelernt hatte, glaubte er sich eines solchen Verstoßes gegen die Etikette einer korrekten Brautwerbung nicht schuldig machen zu dürfen.

Als sie ihm zum Abschied die Hand reichte, konnte er sich freilich nicht enthalten, diese kleine und doch so feste, energische Hand mit einer gewissen, feierlichen Zärtlichkeit an seine Lippen zu führen.

„Auf Wiedersehen morgen“, sagte er, „auf ein glückliches und beglückendes Wiedersehen!“

Erst lange nachdem er fort war, fielen Maud in der Stille ihres Schlafzimmers diese vorher halb überhörten Worte wieder ein, und jetzt erst dachte sie daran, welche Bedeutung sie aller Wahrscheinlichkeit nach hätten haben sollen.

„Es wird ihm doch nicht einfallen, mir morgen einen Antrag zu machen!“ sagte sie bei sich selbst. Aber dann fügte sie bei der Erinnerung an das damals belauschte Gespräch voll heiß aufwallenden Unmuths in ihren Gedanken hinzu: „Mag er es immerhin. Es verlangt mich danach, Klarheit zu schaffen.“

In der That stand James am nächsten Morgen vor Maud in seiner ganzen, unwiderstehlichen Schönheit. In einer wohlvorbereiteten kleinen Rede machte er ihr einen Antrag, und das junge Mädchen ließ ihn ruhig sprechen, bis sein verlegenes Verstummen ihr anzeigte, daß er nun nichts weiter zu sagen wisse.

Dann versetzte sie kühl: „Ich bedaure, daß Sie zu spät kommen, Mr. Andrew! Aber ich habe mich bereits versagt.“

„Bereits — versagt?“ wiederholte er fassungslos. „Ja — wie ist es denn das möglich? Ihr Vater gab mir doch die Versicherung —“

„Mein Vater hat Sie getäuscht“, sagte sie mit eisiger Kälte, „und wenn diese Aufklärung, wie ich vermuthe, für Sie einigermaßen peinlich sein sollte, so mögen Sie sich bei ihm dafür bedanken. Er gedachte mich zum Opfer eines abscheulichen Betrugs zu machen; aber ich habe diesen Betrug durchschaut, und nur weil ich sehen wollte, wie weit man das Spiel treiben würde, habe ich bis zu diesem Augenblick geschwiegen.“

James Andrew war abwechselnd blaß und roth geworden. „Aber ich schwöre Ihnen, Miß Ferguson, daß ich davon nicht ein Wort verstehe. Ich weiß nichts von einem Betruge, den man gegen Sie verübt hat, und Sie würden mir eine unverdiente Beleidigung zufügen, wenn Sie glauben könnten, daß ich irgend welchen Antheil daran gehabt habe.“

„Ich habe Sie dessen auch nicht für fähig gehalten, Mr. Andrew, und es thut mir leid, daß Sie in diese unangenehme Lage kommen mußten, nur weil unsere Väter, so kluge Geschäftsleute sie sonst auch sein mögen, sich diesmal in ihren Kalkulationen geirrt hatten. Aus Gründen, die ich nicht kenne und die zu erfahren ich kein Verlangen trage, wünschten sie unsere Verbindung, obwohl sie wußten, daß meine Liebe einem anderen Manne gehört.“

„Wie? Das hätte man gewußt? Und man hätte gewagt, es mir zu verschweigen? — Ah, das ist allerdings eine Beleidigung, die mich zwingt, unverzüglich eine Erklärung von Ihrem Herrn Vater zu fordern. Aber — aber sind Sie Ihrer Sache auch gewiß?“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich. — Verleger Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.